

Forwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Vieh- und Fleischteuerung.

Als im zweiten Viertel des vorigen Jahres die Schlachtvieh-, vornehmlich die Schweinepreise von Woche zu Woche höher schnellten, verkündete bekanntlich auf dem Kaiserhof-Diner der Landwirtschaftsgesellschaft Preußens geniale Landwirtschaftsminister unter Berufung auf seine fachmännische Autorität, daß schon in vier bis sechs Wochen, also noch im September vorigen Jahres, die Schweinepreise auf ihren normalen Stand zurückzuführen würden. Ohne Rücksicht auf diese Versicherung der höchsten preussischen viehverständigen Autorität zogen jedoch die Schlachtviehpreise an den großen Viehmärkten weiter an und erreichten im November einen Stand, der alle Viehpreissteigerungen, die seit Jahrzehnten in Preußen eingetreten sind, weit hinter sich ließ. Es kosteten z. B. im Durchschnitt des November vorigen Jahres am Berliner Schlachtviehmarkt:

	Ochsen, II. Qualität pro 100 kg Schlachtgew.	Schweine, II. Qualität pro 100 kg Lebendgew. (mit 20 Proz. Tara)	Lamm, II. Qualität pro 100 kg Schlachtgew.
Dagegen im selben Monat der Jahre:			
1901:	117,20 M.	122,00 M.	116,20 M.
1902:	127,20 "	117,40 "	135,60 "
1903:	135,75 "	96,00 "	138,00 "
1904:	134,50 "	108,50 "	131,00 "

Trotz dieser Dementierung durch die Tatsachen, leistete sich das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in der amtlichen Denkschrift, die es im November dem Reichstage vorlegte, erneut unter Berufung auf seine gründlichen fachmännischen Informationen die Versicherung, daß mit Sicherheit ein baldiges vermehrtes Angebot von Schlachtvieh und ein dementsprechender Rückgang der Viehpreise zu erwarten sei. Spätestens werde im Dezember oder zu Beginn des nächsten Jahres eine Steigerung des Auftriebes an den Schlachtviehmärkten eintreten. Zum Schluß wird in der Denkschrift gegenüber der Behauptung, die deutsche Landwirtschaft vermöge den Fleischbedarf des deutschen Volkes nicht mehr zu befriedigen, pomphast versichert:

„Der deutschen Landwirtschaft wird es, wie bisher, gelingen, den inländischen Fleischbedarf in der Hauptsache durch eigene Produktion zu decken, falls sie auch in Zukunft auf einen genügenden Zulauf und auf Beibehaltung des jetzigen wirtschaftspolitischen Systems rechnen kann.“

Die Preisbewegung ignorierte jedoch ebenso wie die Kaiserhof-Prophezeiungen auch diese amtliche Sachverständigkeit. Wohl trat im Dezember und Januar ein geringer Rückgang der Preise ein; aber erst im April führte, wie fast alljährlich im Frühjahr, der verstärkte Schweineauftrieb zu einem nennenswerten Fall der abnormen Schweinepreise. Im Durchschnitt des Monats Mai dieses Jahres stellte sich der Preis für Schweine zweiter Qualität am Berliner Markt nur auf 119,5 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht (mit 20 Prozent Tara), also ungefähr 26 Mark niedriger als im November des vorigen Jahres. Schon im Juni zogen jedoch die Preise weiter an und zurzeit stellen sich die Preise sogar für Ochsen II. Qualität auf 154 bis 162 M., für Schweine II. Qualität auf 134—142 M. und für Lamm II. Qualität auf 160—166 M. Die Schweinepreise stiegen also heute zwar ungefähr 5 Prozent niedriger als im November vorigen Jahres, dafür aber ist der Preis für Ochsen um mehr als 10 Prozent, für Lamm um weitere 6 Prozent gestiegen. Die Versicherungen der amtlichen „Sachverständigen“ erweisen sich demnach als leere, grundlose Behauptungen.

Das war vorauszu sehen; denn die Denkschrift des Landwirtschaftsministeriums ist eine höchst einseitige Tendenzschrift, die lediglich den Zweck verfolgt, nachzuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft auch noch heute vollständig in der Lage sei, den inländischen Fleischbedarf zu decken. Zu diesem Zweck werden Behauptungen und statistische Zahlen zusammengestellt, die, sofern sie überhaupt etwas beweisen, nur das eine dartun, daß die großen Kapazitäten des Landwirtschaftsministeriums sich über die Richtung der volkswirtschaftlichen Entwicklung Preußens noch immer nicht klar sind. Daß die deutsche Viehzucht nicht mit dem Anwachsen der deutschen Bevölkerung und deren gesteigertem Fleischbedarf Schritt gehalten hat, darf offiziell nicht zugegeben werden. Deshalb wird von den Verfassern der Denkschrift die Fleischteuerung des vorigen Jahres erstens als eine Ausnahmerscheinung hingestellt und zweitens ihre Ursache lediglich — abgesehen von der allgemeinen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten — in einem Zufall, nämlich in der ungünstigen Futtermittelernte des Jahres 1904, namentlich im Rischwuchs der Kartoffeln, gesucht. Die Kartoffel, heißt es in der Denkschrift, „bildet fast überall in Deutschland noch das Hauptfuttermittel für die Schweine. Rechnet man nur 10 Zentner Kartoffeln auf einen Zentner Lebendgewicht, so ergibt sich schon bei einer Erhöhung der Kartoffelpreise um 1 M., wie sie überall mindestens beobachtet wurde, eine Vermehrung der Produktionskosten für ein 200 Pfund schweres Schwein um 20 M. Hierzu treten die höheren Preise auch für alle übrigen Futtermittel.

Wäre diesem außerordentlichen Herausschnellen der Produktionskosten nicht durch ein entsprechendes Steigen der Viehpreise Rechnung getragen, so würde eine allgemeine Einschränkung der Schweinehaltung die unausbleibliche Folge gewesen sein, während eine solche jetzt nur in geringem Umfange und zwar meist da beobachtet wurde, wo die Mittel zum Ankauf der teureren Futtermittel fehlten.“

Tatsächlich hat die ungünstige Futtermittelernte im vorigen Jahre zwar zum Emporschnellen der Viehpreise beigetragen; aber sie vermochte ihre gewaltig preissteigernde Wirkung nur deshalb auszuüben, weil im Laufe der letzten Jahre die deutsche Viehproduktion immer mehr in ein Verhältnis zum deutschen Fleischbedarf geraten ist. Die eigentliche, tieferliegende Ursache der vorjährigen und diesjährigen Vieh- und Fleischteuerung ist das Zurückbleiben der deutschen Fleischproduktion hinter dem Bedarf. Wäre die Argumentation der Denkschrift richtig, dann müßten die Viehpreise heute sehr niedrig stehen, denn die vorjährige Futtermittelernte hat einen außergewöhnlich guten Ertrag geliefert, ganz besonders die Kartoffelernte. Nach der offiziellen Erntestatistik hat Deutschland im letzten Jahre 48,3 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet, im Jahre 1904 dagegen nur 36,3 und im Jahre 1903 nur 42,9 Millionen Tonnen.

Daß die Viehproduktion relativ, d. h. im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme zurückgegangen ist, läßt sich statistisch nachweisen. Es kommen auf je 100 Einwohner:

	an Rindern	Schafen	Schweinen
1904	82,3 Stück	19,2 Stück	31,6 Stück
dagegen:			
1873	88,4 "	60,9 "	17,4 "
1883	84,5 "	41,9 "	20,1 "
1893	85,5 "	27,5 "	24,6 "
1900	83,6 "	17,2 "	29,8 "

Kun hat zwar das Gewicht des Schlachtviehes im Ganzen etwas zugenommen; andererseits aber ist in noch weit stärkerem Maße der Anspruch der deutschen Bevölkerung an den Fleischmarkt gewachsen, denn wie in allen Ländern, steigt auch in Deutschland ganz naturgemäß mit dem Fortschritt der Industrialisierung der Fleischbedarf. Selbst einsichtige, nicht nur ihr Eigeninteresse verfolgende Landwirte vermögen sich der Erkenntnis nicht mehr zu verschließen, daß die Viehproduktion nicht mit der Steigerung des Fleischbedarfs Schritt hält. So wird uns von einem pommerschen Landwirt, der allerdings nicht zum Heerband des Bundes der Landwirte gehört, geschrieben:

„Der Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht in Nr. 402 Meinungsäußerungen der Herren Landesökonomierat Ring-Düppel und Schlachtviehdirektor Goly. Diese Meinungsäußerungen gipfeln darin, daß eine weitere Fleischteuerung nicht bedorft. Geht man aber näher auf den Inhalt ein, dann kommt man zu einem anderen Resultat. Herr Landesökonomierat Ring meint, daß infolge der guten Futterernte die Landwirte jetzt Mastvieh noch nicht zu Markte bringen, daß aber, wenn das Weidvieh erst auf den Markt kommt, die Preise nicht mehr steigen werden. Herr Ring läßt aber die Frage offen, wie hoch schon die Preise gestiegen sein werden, wenn das Vieh auf den Markt kommt. Er muß doch wohl davon überzeugt sein, daß die hohen Preise bestehen bleiben, denn sonst hätte er in seiner Beurteilung sagen müssen, daß die Preise fallen werden, sobald das Weidvieh auf den Markt kommt. Wenn wirklich der Landwirt sein Vieh jetzt vom Markte zurückhalten sollte, dann ginge doch daraus zur Genüge hervor, daß er für später noch höhere Preise zu erzielen hofft; sonst würde er doch jetzt sein Vieh loschlagen und die hohen Preise mitnehmen, umso mehr da gerade in der jetzigen Jahreszeit der Landwirtschaft fast gar keine Einnahmen aus dem landwirtschaftlichen Betriebe zuzufehen, die Ausgaben aber wegen der Erntearbeiten zurzeit die größten sind.

Seit länger als drei Jahrzehnten bin ich in der Landwirtschaft und besonders in größeren Wirtschaften tätig; im besonderen habe ich mich mit dem Studium über den Wert und Nutzen der Viehhaltung gegenüber einem Wirtschaftsbetriebe ohne Viehhaltung beschäftigt. Auf Grund dieser langjährigen Erfahrung bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die deutsche Landwirtschaft unter den jetzt eintretenden Umständen nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf im Inlande zu decken, so daß noch eine weitere Steigerung der jetzigen Fleischpreise eintreten wird, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Vorweg will ich bemerken, daß es in der Landwirtschaft selbst bei der exaktesten doppelten Buchführung recht schwer ist, festzustellen, welche Reinerträge die Rindviehhaltung bringt und wie hoch die Reinerträge aus der Schaferei sich belaufen, weil man fast immer mit imaginären Zahlen rechnen muß. Anders liegt die Ertragsberechnung bei der Schweinehaltung. Die Einführung bezw. Aufhebung der Schweinehaltung ist ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen, jedenfalls liegen nicht die Schwierigkeiten vor, die eintreten würden bei Einführung bezw. Aufhebung einer Rindvieh- und Schafhaltung. Im letzteren Falle müßte der ganze Wirtschaftsbetrieb, Fruchtfolge usw. geändert werden, was bei der Schweinehaltung nicht zutrifft. Nach meiner langjährigen Erfahrung, in Verbindung mit sorgfältiger Buchführung stelle ich die Behauptung auf, daß man mit einem Preise für Schweine ab Stall mit 87—88 M. pro Zentner Lebendgewicht noch recht gute Geschäfte macht. Wenn jetzt in Berlin für 100 Pfund Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara 70 M. gezahlt werden, so erhält der Landwirt ab Stall etwa 60 M., also pro Zentner 12 M. über den Betrag, der als eine annehmbare Rente aus dem Betriebe

Die Infections-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gemeinlichliche Verzeichnisse und Verzeichnisse-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

der Schweinehaltung bezeichnet werden muß, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die Erträge aus der Rindvieh- und Schafhaltung auch solche sind, die erheblich über die normale Grenze hinausgehen. Gerne will ich zugeben, daß vor mehreren Jahren die Erträge aus der Viehhaltung derart niedrig waren, daß tatsächlich Geld zugefetzt wurde, denn ich kenne Zeiten, wo für ein Zentner Lebendgewicht 28 M. ab Stall gezahlt, also pro Zentner einige Mark zugefetzt wurden. Aus dieser Tatsache darf aber doch wohl die Berechtigung zu den jetzigen hohen Preisen nicht hergeleitet werden, denn man muß doch berücksichtigen, daß die Volksernährung bei der jetzigen Lage eine sehr schwierige ist.

Bei den jetzigen Preisen des Schlachtviehes ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß jeder Landwirt die Viehhaltung bis zur höchsten Grenze ausdehnt, und wenn trotzdem noch diese hohen Preise am Markte gezahlt werden, so ist die Tatsache bewiesen, daß das Angebot in keinem Verhältnis zu der Nachfrage steht. Ich glaube kaum, daß eine größere Produktion an Schlachtvieh zu erhoffen ist, im Gegenteil, sie wird zurückgehen. Viele Landwirte kommen immer mehr und mehr von der Naturallohnung auf die Geldlohnung. Dadurch wird dem Tagelöhner es unmöglich gemacht, noch Schweine zum Verkauf zu bringen. Ein Gut nach dem anderen schaffte die Gänsehaltung ab — besonders in der Provinz Pommern. — Wenige Güter gibt es nur noch, wo den Arbeitern gestattet wird, sich eigene Kühe und Schafe zu halten. Daß hierdurch ein Rückgang der Schlachtviehproduktion bedingt wird, ist klar. Die vermehrte Beschäftigung von ausländischen Arbeitern in den Sommermonaten, der Zuwachs der Bevölkerung, haben aber einen vermehrten Verbrauch an Fleisch zur Folge.

Soll die Lebenshaltung der breiten Volksmasse, die ohnehin durch den am 1. März d. J. in Kraft getretenen neuen Zolltarif schwer belastet worden ist, nicht noch tiefer herabgedrückt werden, so muß die künstliche Abschließung des deutschen Marktes gegen die Konkurrenz der ausländischen Viehzucht aufgehoben werden. Noch lauter, noch dringender als im vorigen Jahre erhebt sich heute, nachdem die Tatsachen erwiesen haben, daß es sich bei der Fleischteuerung nicht um eine schnell vorübergehende Erscheinung handelt, die Forderung: Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr aus dem Auslande unter entsprechender sanitärer Kontrolle, Abschaffung der geltenden enormen Vieh- und Fleischzölle, Erleichterung des Vieh- und Fleischtransportes durch Ermäßigung der betreffenden Eisenbahn-Frachttarife. Daneben ergibt sich für die größeren städtischen Gemeinwesen die Aufgabe, durch strenge Beaufsichtigung und Reglementierung des Viehhandels auf den städtischen Schlachtviehmärkten, nötigenfalls durch eigenen Einkauf von Schlachtvieh und Errichtung städtischer Fleischverkaufshallen den hohen Profitten des Viehhandels und Schlächtergewerbes entgegenzuwirken. Die stete Steigerung der Vieh- und Fleischpreise ist zu einer Alamutität, zu einer ersten Gefahr für die Volksernährung geworden. Die geringe Verbesserung ihrer Lebenslage, die sich in den letzten Jahren die deutschen Arbeiter in schweren wirtschaftlichen Kämpfen erungen haben, droht ihnen durch die künstliche Preissteigerung der Nahrungsmittel durch Zölle, Grenzabsperungen und Unternehmerkoalitionen vollständig wieder verloren zu gehen. Dagegen gilt es energig Stellung zu nehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. September.

Tippelkirch'sche Preßkompagnie

Aus der Anschuldigung der „Tägl. Rundschau“ scheint sich ein niedliches Journalistisches Duell zwischen den beiden im Dienste der Tippelkirch-Bobbeldtschen Geschäftsleiterschaft kämpfenden Blättern, der national-patriotischen Ripplerschen „Tägl. Rundschau“ und dem nicht minder patriotischen Scherfschen „Lokal-Anzeiger“ zu entwickeln, das, wenn sich die weiteren Fachtgänge auf dem gleichen Niveau vollziehen wie die beiden ersten, vielleicht noch manchen interessanten Beitrag zur Charakteristik der von den Tippelkirchern inszenierten Preßtreibereien liefern wird. Schon der Anfang des Duells ist recht vielversprechend. Auf die energigste Zurückweisung des Major Quade, deren wir in gestriger Nummer erwähnten, antwortet Herr Ripplers „Zeitung für nationale Politik“ mit folgendem Angriff auf den „Lokal-Anzeiger“:

„Zu den im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Erklärungen des Herrn Oberleutnants Quade, wonach die sensationelle, das Offizierkorps der Schutztruppen schwer verdächtigende Notiz des Berliner Lokal-Anzeigers“ weder von ihm stamme, noch von ihm veranlaßt oder gar in ihrer Fassung festgelegt sei, bemerken wir: Die betreffende Notiz ist unserm Gewächsmann wiederholt durch den Redakteur des Berliner „Lokal-Anzeigers“, Herrn Dr. Mode, als absolut authentisch übermittelt worden, und zwar unter der ausdrücklichen Versicherung, daß die Notiz von Herrn Oberleutnant Quade dem Hauptmann Damhauer vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ in der beredendsten Fassung in die Feder diktiert sei und deshalb, trotz vorher gegebener Zusage, nicht zurückgezogen werden könne. Herr Dr. Mode hat auch jetzt vor Zeugen und in Gegenwart eines Vertreters unseres Blattes trotz der

Nichtigstellung des Herrn Oberleutnants Quade die Erklärung abgegeben, daß dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ der Inhalt jener Sensationsmeldung vom Oberkommando der Schutztruppen amtlich bestätigt worden sei. Unser Gewährsmann wird diesen Tatbestand in der von Herrn Oberleutnant Quade gegen uns angestrenzten Klage eidlich erhärten.

Dann heißt es weiter mit scharfer Wendung gegen den „Lokal-Anzeiger“:

„Der Sachverhalt darf nunmehr als dahin aufgefällt gelten, daß Herr Oberleutnant Quade die schweren Vorwürfe, die wir ihm machen zu müssen glaubten, in keiner Weise verdient. Es bleibt auf seiner Seite lediglich eine gewisse Unvorsichtigkeit bestehen insofern, als er sich überhaupt dazu herbeigelassen hat, Vertretern eines Blattes Auskunft zu geben, von dem er wissen mußte, daß es die Sensation um jeden Preis sucht, auch wenn durch amtliche Erklärungen dieser Sensation jeder Boden entzogen wird.“

Die Sache steht für Herrn Rippers Ethik wie für seine Logik gleichermassen heikel. Erstens ist es ein sonderbarer Brauch, durch einen „Gewährsmann“ auf einem Umweg derartige Nachrichten aus der Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ zu beziehen, und zweitens spricht es nicht gerade für die Konsequenz des Leiters der „Täglichen Rundschau“, daß er dann, wenn er den „Lokal-Anzeiger“ für ein Sensationsblatt hält, das nur der Sensation wegen Mitteilungen bringt, denen jede Grundlage fehlt, aus der Redaktion dieses Blattes durch seinen Gewährsmann unkontrollierbare Nachrichten übernimmt.

Den „Lokal-Anzeiger“ hat dieser Angriff höchst erbost. Er leistet sich im Abendblatt nachstehende Erwiderung:

„In unserer gestrigen Abendausgabe haben wir die Anschuldigungen der „Täglichen Rundschau“ gegen Oberleutnant Quade als eine dreiste Unwahrheit bezeichnet, für die es nach unserer Ansicht keine andere Erklärung gäbe als die Angst und den brennenden Nachdurst ihrer durch die Kolonialskandale bedrohten oder bereits belasteten Hintermänner. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht heute morgen wiederum in der gleichen Angelegenheit eine Auslassung, aus der hervorgeht, daß unsere gestrige Annahme richtig war. Das genannte Blatt behauptet nämlich, ihr „Gewährsmann“ habe von dem Redakteur des „Berl. Lokal-Anzeigers“ Dr. Rode die von ihr veröffentlichte Mitteilung erhalten. Dieser Gewährsmann, dessen Namen die „Tägl. Rundschau“ so schamhaft verschweigt, ist kein anderer als Herr von Tippelskirch selbst. Diese Tatsache wird alle Welt nicht nur über die Gründe aufklären, aus denen die „Tägliche Rundschau“ dem unerhörten Angriff gegen Oberleutnant Quade ihre Spalten geöffnet hat, sie wirkt auch ein großes Licht auf die von der „Täglichen Rundschau“ seit Wochen in den Kolonialskandalen beobachtete Haltung. Daß Herr von Tippelskirch ein großes Interesse an der Beseitigung des ihm sehr unbehaglichen Oberleutnants Quade hat, wird jeder begreifen. Auch wir erhielten Informationen von Herrn von Tippelskirch, haben sie aber ihrem Werte nach behandelt.“

Zugleich berichtigt Herr Dr. Rode:

1. Es ist unklar, daß ich dem Gewährsmann der „Täglichen Rundschau“ gegenüber mitgeteilt habe, daß die in Nr. 431 des „Berliner Lokal-Anzeigers“ veröffentlichte Notiz von Herrn Oberleutnant Quade dem Hauptmann Dannbauer in der veröffentlichten Fassung in die Feder diktiert sei und deshalb trotz vorher gegebener Zusage nicht zurückgegeben werden könne.

2. Wahr ist vielmehr, daß ich jene Notiz lediglich als absolut authentisch bezeichnet und damit ihre Veröffentlichung begründet habe.

Die Enthüllung des „Lokal-Anzeigers“ ist recht interessant. Es geht daraus hervor, daß, wie Eingeweihte bereits wußten, der „Lokal-Anzeiger“ wie die „Tägl. Rundschau“ über die Tippelskirch-Boddielesi-Affäre ihre Informationen teilweise direkt von Herrn v. Tippelskirch beziehen bzw. ihre Redakteure durch diesen „inspirieren“ lassen. Bei Gelegenheit dieser Inspirationen erzählt Herr v. Tippelskirch etwas über den Oberleutnant Quade, das er im Interesse seiner Sache gegen die Gegenpartei ausschlagen zu können glaubt und übermittelt die Nachricht an die „Tägl. Rundschau“, die darauf als „hochanständiges“ Blatt für die Interessen der höheren Sittlichkeit ohne irgend welche Skrupel die Nachricht zu einem Angriff auf den Oberleutnant Quade ausschachtet.

Ein niedlicher Beitrag zu dem Kampf beider Blätter im Dienste der Boddielesi'schen Reinigung.

Pod.

Die „Tägl. Rundschau“ behauptet, daß das Schicksal Pods trotz allem besiegelt sei. Der Fall Fischer werde gleich nach den Wahlen erledigt werden, und dann werde auch Pod sein Abschiedsgesuch erneuern. Da er inzwischen, und zwar auf Wunsch des Kaisers, seine Beziehungen zur Firma Tippelskirch gelöst habe, könne ihm ein Abschied in allen Ehren, d. h. mit dem obligaten Schwarzan Adlerorden, gewährt werden. Jede Rücksicht auf die Integrität des preussischen Beamtenstandes und die öffentliche Meinung sei dann gewahrt, ohne daß Pod als das Opfer der gegen ihn gerichteten Verhängnisse erscheine.

Die „Deutsche Tagesztg.“ behauptet demgegenüber, daß die „Tägl. Rundsch.“ die Absichten und den Verlauf dieser wunderbaren Verabschiedungskomödie frei erfunden habe. Speziell von einem „dienstlichen Befehle“ des Kaisers an Pod, seine Beziehungen zur Firma Tippelskirch abzubauen, könne keine Rede sein. Auch nicht von einem nicht mißzuverstehenden kaiserlichen Sinke?!

Die „Kreuzzeitung“ hatte kürzlich die vertwegene Behauptung aufgestellt, daß selbst die „erbittertesten Gegner seiner Politik“ nicht zu behaupten „gewagt“ hätten, daß Herrn v. Boddielesi's Ehrenschild durch die Vorgänge im Kolonialamt auch nur im geringsten befleckt sei. Vielleicht berichtigt das Blatt des seligen Hammerstein diese optimistische Auffassung nach Kenntnisnahme des folgenden Urteils in den „Mensch. Neuest. Nachr.“:

„Uns erscheint Boddielesi bescholten, und wir stützen diese Meinung auf des preussischen Landwirtschaftsministers eigene Taten. Erst hat er seinen eigenen Namen aus der famosen Verbindung mit der Firma Tippelskirch durch Übertragung auf seine Frau gestrichen, jetzt läßt er auch, genötigt von der öffentlichen Meinung, die Teilhaberschaft seiner Frau lösen. In diesem Vorgange liegt ein so deutliches „Pater peccavi“, daß darüber unseres Grachtens ein Zweifel nicht bestehen kann. Nun herrscht ja Freude im Himmel über jeden Sünder, der Buße tut, aber auf Erden pflegt man nicht gerade zu wünschen, daß renige Sünder an den allerersten Stellen stehen. Die Qualifikation zum Minister wird doch nicht dadurch erbracht, daß eine Handlung dem Staatsanwalt keine Handhabe zur strafrechtlichen Verfolgung bietet oder daß Verfehltes wieder gutgemacht und verzessen wird. Die Frage ist auch nicht die, ob der Reichsausschuß und der preussische Landwirtschaftsminister sich wieder vertragen haben; das ist dem Volke ganz einerlei.“

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ betont in ihrer neuesten Nummer, daß Boddielesi nun einmal „kompromittiert“ gewesen sei und daß den Dingen mit Rücksicht „auf die gute alte Beamtentradiotion“ (also auch das freilich längst gouvenernemental gewordene Zentrumsblatt macht diesen alten liberalen Schwindel mit) ein Ende gemacht werden mußte. Auch die „Kölnische Volkszeitung“ zählt also Pod bereits zu den Toten!

Deutsches Reich.

Ein neuer Kamerun-Standal.

Die „N. Z. am Mittag“ erzählt in ihrer neuesten Nummer einen ungeheuerlichen Vorgang aus Kamerun, bei dem Jesko von Puttkamer, sein Protegé Leuschner und der neue Gouverneur von Kamerun, Dr. Seih, eine unglaubliche Rolle gespielt haben sollen. Wir geben den Fall im wörtlichen Auszug nach dem genannten Blatt wieder:

Als Jesko von Puttkamer noch Landesoberhaupt von Togo war, kam dorthin ein Landschaftsmaler namens Leuschner, um künstlerische Studien zu machen. Auch Jesko interessierte sich lebhaft für die schönen Künste — er interessierte sich überhaupt für alles andere mehr als für die Verwaltung der ihm unterstellten Kolonien — und da wendete er sich an Herrn Leuschner mit der Bitte, er möge ihm Unterricht in der Aquarellmalerei erteilen. Das tat Leuschner, und die beiden Herren wurden bald diese Freunde. In der Honorierung seines Lehrers zeigte sich Jesko ungemein nobel: er nahm ihn nämlich in den Gouvernementsdienst auf und ernannte den Landschaftsmaler, der ja auf seinen Streifzügen durch das Land einige Wege kennen gelernt hatte, zum — Wegebaumeister. Später wurde Jesko Gouverneur von Kamerun. Aber er kannte keinen Stolz, sondern hielt nach wie vor mit Leuschner innige Freundschaft, nahm ihn mit nach Kamerun und ließ ihn zum Bezirksleiter von Buaa avancieren, dem idyllischen Ort am Fuße der Kamerunberge, wo Jesko seine Residenz aufschlug.

Leuschner hatte noch einen besonders wichtigen Vertrauensposten zu versehen, er mußte nämlich die bekannte Ede als Freistaat in der Edezeitung zeitweilig in seine Obhut nehmen, nachdem er sich selbst verheiratet hatte. Weißigig gesagt, hatte Jesko dem Leuschner'schen Ehepaare die Ede nicht mehr als seine Cousine, sondern als seine Frau vorgestellt. In allen anderen Obliegenheiten moß Herr Leuschner reiche Erfolge erzielen haben, als Behälter und Pensionssolator der Ede aber scheiterte er vollständig. Denn diese betrug sich so überaus gemein und gefährlich die Tugend des Herrn Leuschner in dem Maße, daß Frau Leuschner sich veranlaßt sah, sie eines schönen Tages hinauszuwerfen.

Frau Leuschner scheint übrigens in dem tropischen Klima nervös geworden zu sein, und ihre Nervosität übte auf den sonst sehr gutmütigen und harmlosen Gatten einen unheilvollen Einfluß aus. Er ließ sich nämlich von seiner Frau einreden, daß die Polizeisoldaten gegen die Europäer des Bezirks einen Anschlag planten; und eines Tages rief er die in der Nähe der Station Buaa wohnenden Weißen zusammen, um sie von dem angeblich geplanten Ueberfall der Besatzungen in Kenntnis zu setzen. Er ließ dann die Soldaten vor der Gerichtsbaue, in welcher die Europäer des Bezirks bewaffnet aufgestellt genommen hatten, antreten und befehl ihnen, die Waffen abzulegen. Die Soldaten waren angefangen der bedrohlichen Situation aufs äuerste bedrückt und zögerten einen Augenblick, dem Befehle Folge zu leisten. Alsbald befahl Leuschner den Weißen, zu feuern, und mehrere Soldaten fürzten, von den Augen getroffen, tot zu Boden; ein über den Stationshof laufendes Eingeborenenkind wurde ebenfalls getötet. Einige Soldaten wurden verwundet und flüchteten. Sie eilten nach dem Sitze des Bezirksamtes Victoria, wo sie sich (ein Zeichen ihres guten Gewissens) beim Polizeimeister Brüdner meldeten.

Die Untersuchung dieses so ungeheuerlichen Vorfalles hatte Herr Dr. Seih zu führen, der damals stellvertretender Gouverneur von Kamerun war und jetzt als Gouverneur die Leitung der Kolonie übernehmen soll. Dr. Seih beurteilte zwei von den unglücklichen Besatzungen zu hohen Gefängnisstrafen, die sie in Togo abzubüßen hatten. Gegen Leuschner aber wurde nichts unternommen; Dr. Seih wies vielmehr alle Beteiligten, auch Frau Leuschner aufs strengste an, über den Vorfall das strengste Stillschweigen zu bewahren.

Es wäre wohl tatsächlich nichts von diesen Vorgängen im Kolonialamt bekannt geworden, wenn nicht der deutsche Konsul in Montevideo (Liberia) berichtet hätte, daß das Verbrechen unter den Besatzungen auf ungeheure Schwierigkeiten stöße, weil ihnen die Leuschner'sche Schieberei bekannt geworden war und weil sie weiter von dem Dienst in Kamerun nichts wissen wollten, weil dort zu viel geprügelt würde. Sie nannten Kamerun nie anders als die „twenty five-Kolonie“ und meinten damit, daß man dort zu 25 Dingen gelangen könne. Infolge dieses Konsularberichtes wurde Jesko zu einem amtlichen Bericht von dem Kolonialamt aufgefordert. Das Disziplinarverfahren, welches gegen Jesko schwand, dehnt sich, so viel wir wissen, auf die Anklage der falschen Berichterstattung nicht aus, obwohl der Bericht, den er in Sachen Leuschner erstattet hat, eine solche Anklage vollauf rechtfertigen würde. Leider hat sich das Kolonialamt, wie in so vielen anderen Fällen, mit dem Puttkamer'schen Bericht begnügt und es ist in Sachen Leuschner von hier aus nichts veranlaßt worden.

Daß diese Affäre unter den schwarzen Schutztruppen eine ungeheure Aufregung hervorgerufen hat, und daß es nur mit Mühe und durch glückliche Zufälle gelang, einen Aufruhr, den sie planten, im Keime zu unterdrücken, ist allen Europäern, die damals in Duala waren, noch in lebhafter Erinnerung.“

Kamerun-Port!

Die „Leipz. Volkszeitung“ schreibt:

Während bisher Herr Dr. Liman allen Enthüllungen der bürgerlichen und der Parteipresse über seine literarische Vielseitigkeit die Tugend des Trappistens entgegenstellte und einfach schwieg, hat ihm unser Leitartikel vom Dienstag endlich doch die glatte Junge gelöst. In der heutigen Morgennummer der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ergreift er das Wort. Doch was sagt er? Kann er leugnen, daß der arme Horid und Dr. Paul Liman die gleiche Person ist? Kann er leugnen, daß er in der „Londoner Finanz-Chronik“ am gleichen Tage das Gegenteil von dem geschrieben hat, was er in der „Deutschen Tageszeitung“ schrieb? Richtig! Der Fuchs sibt im Eisen, und das Eisen hält fest! In sorgsam versteckter Stelle seines Blattes wimmert er also:

Die „Leipziger Volkszeitung“ bringt einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Auf Limans Spuren“. Es soll mir darin nachgewiesen werden, daß ich in zwei verschiedenen Wochenschriften, von denen die eine in London, die andre in Berlin erscheint, über die Bedeutung der Redaktionsfabrik nach England völlig verschiedene Ansichten geäußert hätte. Der Beweis soll mit einigen aus den beiden Artikeln herausgerissenen Sätzen erbracht werden. Um die Methode des sozialistischen Organs zu kennzeichnen, wählte ich zwei ihrer Argumente, die genügend für sich selber sprechen. Zunächst soll die edle Rühmlichkeit, die mich zu der Teilnahme an der Fahrt veranlaßte, obwohl ich doch die englische Politik „seit Jahren nicht genug verdächtigen, den König nicht genug beleidigen und schmähren konnte“, mit einem Zitat aus einem Leitartikel der „Leipz. Neuest. Nachrichten“ vom 23. April 1903 erwiesen werden, in der ich die Engländer als „Diebesbande“, den König als „Schläger der Frauen und Kinder“, als „einen unwürdigen, herzlosen, schamlosen Fürsten“ bezeichnet haben soll. In Wahrheit handelt es sich um einen Artikel der in Paris erscheinenden „Patrie“, was auch

ausdrücklich hervorgehoben worden ist. Dieser Artikel des französischen Blattes wurde zitiert, um die Stimmung der Franzosen gegenüber dem König Eduard und der von ihm geplanten Reise nach Paris zu kennzeichnen. — Es wird weiter in dem sozialistischen Organ behauptet, daß ich einmal Herrn Stead in freundschaftlicher Weise einen wackeren Idealisten genannt hätte, das andere Mal aber ihn in folgender Weise verhöhnt hätte: „Heute ist Mr. Stead aus Angelland, der Apostel irrenischer Seligkeiten... der letzte und würdigste aus dem Geschlechte jener Herbstzeitschriften, die im Revolutionsjahre gepflanzt wurden, in der Konfiskationszeit gleich Zentifolien lüppig den Reich erschlossen und jetzt die wellen Blätter traurig in das sozialistische Spüßwasser senkten.“ In Wirklichkeit habe ich geschrieben: „Heute ist Hr. Stead aus Angelland der Apostel irrenischer Seligkeiten und in Deutschland Herr Theodor Barth, der letzte und würdigste aus dem Geschlechte usw.“ In beiden Fällen handelt es sich um einen Kniff, der wohl jeden Kommentator erschüttert.

Kamerun-Port! — Wo sind jetzt deine Schwänke, deine Sprünge, deine Lieder? Da dir selber alle deine Kniffe ausgegangen sind, suchst du sie bei andern!

Unser erstes Zitat vom 23. April 1903 gibt Liman nicht wörtlich wieder; würden doch sonst seine Lefser sofort sehen, daß in der Tat die „Patrie“ als Quelle „ausdrücklich hervorgehoben“ worden ist. Leider vergeht seinerseits Herr Liman, „ausdrücklich hervorzuhelien“, daß er dieses Zitat mit größtem Verfall übernommen hat, da es, wie er schrieb, „zweifellos aus dem Herzen vieler Tausender“ gesprochen sei. Nicht anders steht es mit dem zweiten Zitat. Herr Liman verhöhnte Mr. Stead in England und Herrn Barth in Deutschland in gleicher Weise als die letzten und würdigsten aus dem Geschlechte der Herbstzeitschriften usw. Da in unserem Artikel vorher von Herrn Barth nicht die Rede, konnten wir die Worte: und in Deutschland Herr Theodor Barth um so eher fortlassen, als dadurch der Sinn des Satzes nicht im mindesten geändert wurde, und da auch die weggefallenen Worte durch Punkte angedeutet waren.

Und weiter hat Herr Liman nichts zu sagen?!

Kamerun-Port! —

Zur Reform der Strafprozessordnung.

Die internationale kriminalistische Vereinigung, Gruppe Deutsches Reich, nahm auf ihrer Tagung zu Köln, die heute zu Ende geht und über die wir im Zusammenhang berichten werden, gestern folgenden vom Generalstaatsanwalt Geßler (Dresden) amandierten Antrag des Oberlandesgerichtspräsidenten Hagens (Frankfurt a. M.) an: „Zur Beschaffung des Materials für eine durchgreifende Reform des Strafprozesses beschließt die Landesversammlung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung, eine Kommission von neun Mitgliedern, bestehend aus Landgerichtsdirektor Wschrott, Oberbürgermeister Adickes, den Professoren v. Lilienthal, Rittermaier und Rosenfeld, Landgerichtsrat Rosenburg, Staatsamw. Eisenberg, und Rechtsanw. Heinemann, mit dem Recht der Kooptation einzusetzen, mit dem Auftrage, durch neue selbständige Erhebungen die Grundlage für eine durchgreifende Reform der Strafprozessordnung zu beschaffen, insbesondere um die Handhabung der gegenwärtigen Strafprozessordnung in den einzelnen deutschen Bundesstaaten genau zu ermitteln, und durch Entsendung einer Studentenkommision nach England und Schottland das Material für die Frage zu sammeln, inwieweit die dortige Gestaltung des Anklageprozesses für Deutschland verwertbar ist. In der Diskussion wurde der Ansicht fast einhellig Ausdruck gegeben, daß die Vorschläge der vom Reichsjustizamt eingesetzten Kommission unbrauchbar seien.“

Die Religion muß dem Volke erhalten werden.

Nachdem der in Dresden tagende „Deutsche Pfarrervereinigung“ in der gestern von uns mitgeteilten Debatte über den Fall Korell sich ausdrücklich auf den Standpunkt des kapitalistischen Klassenstaates gestellt hatte, beriet er in seiner gestrigen Sitzung über die Mittel und Wege, diese gefällige Klassenstaatliche „Ordnung“ zu stützen. Als bestes Mittel wurde die Erhaltung und „Vertiefung“ des Religionsunterrichts in der Schule bezeichnet. Der Referent über das Thema „Der Religionsunterricht in seiner Bedeutung für die Erziehung“ führte aus, daß die Schule Erziehungs-, nicht Lehrschule sein müsse, daß sie die „Gesinnung zu stärken, Ehrfurcht und Vertrauen zu pflegen“ habe. Zur Erreichung dieses Zweckes könne der Religionsunterricht das Meiste beitragen. Nach längerer Debatte, in der ähnliche Gedankengänge ausgeführt wurden, fand folgende Resolution Annahme:

1. Der Deutsche Pfarrerrat stellt sich mit dem Referenten freudig und entschlossen auf den Boden der Anschauung, daß der Religionsunterricht als Herz und Krone aller Erziehungsarbeit der deutschen Schule erhalten bleibe und ihm stets eine ausreichende Stellung im Lehrplan der Schulen gewährt werde. 2. Er erkennt an, daß die Gegenwart an die Beschaffenheit des Religionsunterrichts in mancher Beziehung neue, jedenfalls aber heute wie allezeit die höchsten Anforderungen stellt. 3. Er erwartet von dem Zusammenwirken der kirchlichen, theologischen und pädagogischen Elemente eine sorgfältige Vertiefung und Ausgestaltung des Religionsunterrichts, die diesem wichtigsten Zweig des Erziehungswezens im evangelischen Volkstum die Achtung und Wertschätzung, die er verdient, 4. Er hält es für dringend erwünscht, daß über die wirkliche Lage und Beschaffenheit des Religionsunterrichts in allen deutsch-evangelischen Landeskirchen, namentlich über die aktive Beteiligung des evangelischen Pfarramts am Religionsunterricht eine baldige Erhebung veranstaltet und für das Recht des Pfarrers an der Mitarbeit bei dem Religionsunterricht der Schule fortgesetzt entschieden werde.“

Das neue preussische Schulverfassungsgesetz gibt ja den Pastoren leider die Möglichkeit, die Schule noch mehr zum Werkzeug reaktionären Dunkelmannertums zu degradieren, als es bisher schon der Fall war! —

Kulturbestrebungen der Kameruner Eingeborenen.

Die Altväter in Kamerun, bekannt unter dem Namen Bonambelaleute, haben nach der „Frankf. Ztg.“ eine neue Petition an den deutschen Reichstag gerichtet:

Eingangs versichern die Bonambelaleute, daß sie mit aller Aufmerksamkeit beflissen sind, sich alle Errungenschaften der deutschen Kultur zu eigen zu machen und allen Erimtes Bestrebt sind, überaus loyale Schutzbefohlene des deutschen Kaisers zu sein. Angesichts der großen Schädlichkeit, die der Schnaps unter den Eingeborenen Kameruns anrichtet, drücken die Altväter den Wunsch aus, daß die Einfuhr des Alkohols ein für allemal strikt verboten oder doch mindestens mit einem sehr hohen Zoll belegt wird. Wiederholt sind früher die Bonambelaleute beim Gouverneur in Kamerun vorstellig geworden, daß ihre Kinder nicht nur drei Jahre, sondern sechs Jahre lang die Schule besuchen müssen. Das ist aber stets abschlägig beschieden worden. Jetzt kommen sie aber wieder darum ein, weil ihre Kinder bereits tüchtige Leute werden sollen, an denen das Deutsche Reich keine Freude haben werde. Ihre Kinder nach der Entlassung aus der Schule irgend ein Handwerk erlernen zu lassen, dazu fehlt es in Kamerun leider an jeder Gelegenheit. Sie wünschen daher, auf eigene Kosten eine Gewerbefortbildungsschule errichten zu dürfen. Ihre Wünsche gehen ferrier dahin, sich einen Arzt halten zu dürfen, dessen Honorar sie selbst vorher sicher stellen wollen, sowie daß sich Rechtsanwältige

niederlassen, wofür sie ebenfalls die Kosten aufbringen und hinterlegen wollen. Weiter wird in der Eingabe der Wunsch ausgedrückt, daß die Regierung verfügen wolle, daß jeder Adwokat, sobald er 20 Jahre alt ist, zwei Jahre in der Schutztruppe dienen muß. Zum Schluß betonen die Petenten ausdrücklich noch, daß ihr Wissensdurst ein sehr großer ist, und sie unter allen Umständen von allen Schuldbefehlen des Deutschen Reiches die ersten und die besten sein wollen.

Diese Petition ist außer dem Reichstage auch dem Reichszentralrat und dem Leiter des Kolonialamts zugestellt worden.

Diese Petition beweist zunächst, daß die „Nigger“ das ernste Bestreben haben, sich die europäische Kultur anzueignen. Sie beweist aber zugleich, welche Hindernisse ihnen bei diesem Bestreben von den Kolonialbehörden in den Weg gelegt werden!

Ganz abgesehen davon, daß man ihre Bitte, die Schulpflicht auf 6 Jahre auszudehnen, abgelehnt hat; ist es nicht ungeheuerlich, daß die Eingeborenen erst an den Reichstag petitionieren müssen, um auf eigene Kosten einen Arzt und Rechtsanwältin anstellen zu können?!

Aber in der gewalttätigen kulturellen Niederhaltung der Eingeborenen liegt eben ein System! Das ist doch erst in diesen Tagen wieder ein Aushänder ausgesprochen, daß unsere Kolonialinteressen den Eingeborenen in den Kolonien nicht Kultur bringen, sondern sie zu gefügigem und billigem Arbeitsvieh herabdrücken wollen. Und da ist der dümmste „Nigger“ der Beste!

Hoffentlich schenkt der Reichstag dieser Petition die ihr gebührende Beachtung. Für die neue Kolonialgesetzgebung wird sich dann ja Gelegenheit bieten, ihren Standpunkt zur Eingeborenenpolitik mit aller gebotenen Klarheit zu entwickeln! —

Der Protest der Nürnberger Arbeiterschaft.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Am Mittwochsabend fanden hier vier massenhaft besuchte Volksversammlungen statt mit der Tagesordnung: Die letzten Vorkommnisse in Nürnberg, das Verhalten der Behörden und die Stellungnahme der bürgerlichen Presse. In der Stimmung der Versammlungen liegende sich die tiefste Entrüstung über die Brutalität der Arbeitwilligen und der Polizei wieder. Folgende Resolution wurde überall einstimmig angenommen:

Die Versammlungen sprechen ihre tiefste Entrüstung über die Schandtaten jenes Streifschers aus, der den Genossen Fleischmann ermordete, der Familie damit den Ernährer, seiner Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei einen wideren Mitarbeiter raubte; die Versammlungen finden es nach wie vor unbegreiflich, daß die Behörden den Mörder auf freien Fuß gesetzt und damit große Erregung, namentlich in der Arbeiterschaft, hervorgerufen haben; die Versammlungen protestieren gegen das aufreißende wirkende Eingreifen der Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und Unternehmer, insbesondere gegen das Streikpostenstellenverbot, durch das das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht wirkungslos gemacht wird; sie protestieren ferner gegen die jüngsten militärischen Maßnahmen, welche die Stadt in einen förmlichen Belagerungszustand versetzen. Die Versammlungen erklären, daß die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft an den Vorgängen völlig unbeteiligt sind, um so mehr, als die zielbewusste Arbeiterschaft nur durch die Kraft ihrer Organisationen und die Ausnutzung aller gesetzlichen Mittel die Befreiung der Arbeiter zu erkämpfen entschlossen ist. Die Versammelten protestieren daher mit besonderer Empörung gegen die wahrheitswidrigen, denunziatorischen und bewußt heberischen Unterstellungen der bürgerlichen Presse Nürnbergs, die die organisierte Arbeiterschaft und ihr Organ in direkten Zusammenhang mit den Vorgängen der letzten Zeit zu bringen gesucht haben und ferner gegen die Polizei gegen die Organisationen der Arbeiter und die einzelnen kämpfenden Arbeiter scharf zu machen suchen. Die Versammelten verpflichten sich, durch unablässige energische Agitation dem sozialdemokratischen Verein Nürnberg-Altdorf, den Gewerkschaften und Genossenschaften neue Mitglieder und dem einzigen Arbeiterblatt, der „Fränkischen Tagespost“, neue Leser zuzuführen und dadurch den endgültigen Sieg des Proletariats zu beschleunigen.

Die Versammlungen verließen in musterhaftester Ordnung und auch auf den Straßen kamen bis zur Abfindung dieses Berichtes nicht die geringsten Störungen vor. Die Behörde hatte wieder außerordentliche Maßnahmen getroffen. Außer den schon in Nürnberg anwesenden auswärtigen Polizisten und Gendarmen waren noch 120 Gendarmen herangezogen worden, ferner waren die 7 Kompanien Infanterie, die wegen der Furcht vor der Revolution nicht mit ins Wandern ausrücken, in den Kasernen konfiguriert.

Ausland.

Schweiz.

Neuer Militärskandal.

Zürich, 5. September. (Fig. Ver.) In Kanton Zürich und in einem Teil der übrigen Schweiz finden die Herbstmanöver statt, aus welchem Anlaß viel Militär zusammengezogen ist. Die Vorgänge während der Kasernenzeit in Zürich haben den Blick weiter in die Schweiz gegenüber dem Militär geschärft, und es wird daher — wie uns berichtet — nunmehr strenger Kontrolle geübt als früher. Wie notwendig sie ist, lehrt gleich in den ersten Tagen des Truppenzusammenzuges ein Offizierserzähl in Zürich. Hier hat der Infanteriemajor Staub, ein Instruktionsoffizier, den Soldaten Stütz auf dem Kanton Glarus auf offener Straße in rohester Weise mißhandelt, weil er den von ihm überlebenden Major nicht gegrüßt hatte. In der bürgerlichen Presse wird die Mißhandlung so geschildert: „Während er von dem Offizier mit der Spitze der Säbelschneide in die Seite gestochen, mit dem ordinärsten Ausdruck überhäuft und befragt, ob er nicht wisse, daß er Offiziere zu grüßen habe. Der erschrockene Stütz hatte vor Schreck beinahe die Sprache verloren, nahm Achtungstellung an und salutierte. Der Major hatte noch nicht genug daran. Mit weiteren Schüssen der Säbelschneidspitze und „Kosennamen“ wollte sich der Offizier verabschieden. Da bemerkte ein unbeteiligter Zivilist, der Kaufmann Stübler von Altdorf, im Vorübergehen, das sei doch kein Benehmen eines Offiziers gegenüber einem Soldaten. Der Major wandte sich hierauf dem Zivilisten zu mit der liebendwürdigen Drohung, wenn er nicht schweige, lege es auch noch etwas ab. „Das wäre doch zuviel“, meinte Stübler, aber kaum hatte er das gesagt, hatte er auch schon etliche Ohrfeigen weg. Er wehrte den wütenden Offizier ab, dieser aber griff nun ebenfalls zur Säbelschneidspitze und schlug den Zivilisten, ja, er zog schließlich den Säbel blank und hieb Stübler damit über Kopf, Rücken und Arme. Zufällig kamen gerade Polizeileute zu dem wilden Auftritt; der Polizeimann Balli hiel den Major in den Arm und forderte ihn zur Legitimation auf. Der Major wies sich durch Wifitenlarie als Major Hans Staub, Instruktionsoffizier der Infanterie und Kommandant des Bataillons 88, wohnhaft in Zürich und Eheur, aus und wurde gehen gelassen, nachdem er die circa 30 Zentimeter weit verbogene Säbelschneidspitze wieder in die Scheide verstopt hatte. Dem Vorfalle wohnten zahlreiche Passanten als Augenzeugen bei. Von der Stadtpolizei wurde dem Platzkommando Mitteilung gemacht.“

Als ein uniformierter Wätersch! Man lächelt aber solche ganz systematisch, wenn man die rohesten Geisse, wie sie von Offizieren und Soldaten während der Kasernenzeit in Zürich an wehlosen Arbeitern verübt wurden, als „begreiflich“ und „entschuldigbar“ beurteilt und sie nur mit einem Tadel oder Verweis „abhandelt“. Die bürgerliche Presse macht denn auch bereits Stimmung für eine ebensolche, die Roheit fördernde und ermutigende milde Beurteilung der empörenden Geisse des Majors Staub, und seine Kameraden als Richter werden ihm gewiß auch nicht wehe tun. —

Frankreich.

Indiskretionen von der Bischofsversammlung.

Paris, 6. September. (Fig. Ver.)

Die Bischöfe haben zwar auch diesmal den Schleier des Geheimnisses über ihre Beratungen gebreitet, aber sie haben nicht verhindern können, daß er schon am nächsten Tag Löcher bekam, und zwar wurde diesmal nicht nur der antikerikale Katholik Jean de Bonneson vom „Journal“, sondern auch die liberale-antifremdliche „Libre Parole“ mit ausführlichen Auskünften versehen. Interessant ist der von diesem Blatte veröffentlichte Zwischenfall am Beginn der ersten Sitzung, der eben die Frage des Ausplauderns betraf: Der Pariser Erzbischof sprach ziemlich heftig gegen die Indiskretionen, mit besonderem Bezug auf die für den Vatikan so kompromittierenden Veröffentlichungen des „Temps“ und des „Século“, worauf der Erzbischof von Rouen, Fuzeat, einer der Führer des republikanischen Schölerus, recht gereizt erwiderte: die Versammlung sei kein Konzil, von dem er Befehle entgegennehmen müsse, und er habe lediglich dem Papste und seinem Gewissen zu gehorchen!

Im Verlauf der Verhandlung trat die scharfe Scheidung der Meinungen neuerlich hervor. Ein Teil der Bischöfe ist noch immer für einen Versuch mit den Assoziationen und hofft, es werde sich noch eine für den Staat wie für die Kurie annehmbare Form der kirchlichen Organisation finden lassen. Dagegen wollen die radikalen Ultramontanen von Nachgeben nichts wissen. Sie behaupten, die Kirche könne sich auch ohne gesetzliche Organisation erhalten. Der Gottesdienst müsse auf Grund des Versammlungsgesetzes oder in privaten Veranstaltungen gepflegt werden. Einige Bischöfe berichteten, daß sie in ihren Diözesen die Gläubigen bereits auf Grund dieses Prinzips organisiert haben. Dagegen wandten die „Soumissionisten“, d. h. die Anhänger der Unterwerfung unter das Gesetz, ein, daß dieses Vorgehen über kurz oder lang an dem finanziellen Punkte scheitern müsse. Es sei unmöglich, die notwendigen 60 Millionen von den Gläubigen hereinzubringen.

Die Anhänger der radikalen Taktik haben insbesondere zwei Wege zur Deduktion des Kirchenbudgets in Vorschlag gebracht: Es sollen die Sakramente nur denjenigen erteilt werden, die ihren Kirchenbeitrag geleistet haben. Die geleisteten Beiträge sollen entweder in eine Zentralkasse abgeführt werden oder in der Diözese bleiben. Die Bischöfe der reicheren Diözesen sind für das föderalistische, die der ärmeren begreiflicherweise für das zentralistische Prinzip. Starker Anzeiwung begegnete auch die Meinung, daß die Katholiken von den Bischöfen eingeschätzt werden sollten. Die Kenner der katholischen Volksseele fürchten wohl nicht mit Unrecht, daß der Glaubenseifer unter einer solchen Belastung ins Wanken geraten könnte.

Angeichts der drohenden Einziehung der Kirchengüter einige man sich schließlich auf den passiven Widerstand. In der Hauptsache wurde also nichts Definitives beschlossen. Die endgültige Entscheidung hat sich der Papst vorbehalten, und den Bischöfen war die undankbare Aufgabe zugeteilt, eine Arbeit zu verrichten, die vergeblich sein wird, wenn es Rom so gefällt. —

England.

Der Trade-Unions-Kongreß.

London, 5. September. (Fig. Ver.) Der zweite Kongreßtag wurde mit der Eröffnungssprache des Vorsitzenden eingeleitet. Die Eröffnungssprache bildet immer den Mittelpunkt der Trade-Unions-Kongresse. Nur darf man sie nicht als für die ganze Gewerkschaftsbewegung maßgebend betrachten. Sie ist vielmehr ein Kompromiß zwischen den im parlamentarischen Komitee vertretenen Richtungen. Der Vorsitzende Cummings sagte:

„Der 30. Kongreß steht in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung einzigartig da. Unter den Delegierten befinden sich nicht weniger als 30 Parlamentsabgeordnete, darunter einer mit dem Titel „Right Honorable“. (Dieser Ministerstitel wurde dem liberalen Vergarbeiterführer Burt von der liberalen Regierung verliehen.) Als wir auf dem vorjährigen Kongreß in Danley zusammentrafen, war noch eine gewerkschaftsfeindliche Regierung am Ruder. Das Rad des Fortschritts stockte, und wir warteten mit Ungeduld auf den Tag der Abrechnung, um eine starke Zahl von selbständigen Arbeiterabgeordneten ins Parlament zu schicken, die ohne Rücksicht auf die bestehenden Parteien in den Kampf für die gerechten Forderungen der Arbeiter eintreten sollten. In Anfang des Jahres wurde die Schlacht geschlagen; unsere Gegner lernten in so geschwächter Zahl ins Parlament zurück, daß sie uns nicht mehr ernst schaden können. Abgesehen von ihren traditionellen liberalen Gegnern fanden sich die Unionisten (Konservativen) mehr als 50 Arbeiterabgeordneten gegenüber. England war einigermassen über den plötzlichen Aufschwung der Arbeiterbewegung überrascht, aber es war keine Ueberdrehung für diejenigen, die seit Jahren für die Sache der Arbeiter gestritten haben. Für die Trade-Unions bildet der Sieg der Arbeiterpartei die am meisten hervorsteckende Charakteristik der letzten allgemeinen Wahlen. Die zweitwichtigste Charakteristik ist der Sieg der liberalen Partei, in deren Reihen sich viele Arbeiterfreunde befinden und von der man erwartete, daß sie uns gegenüber gerechter sein werde als die konservative Partei.“

„Ich will mich nicht mit dem Verhältnis der beiden Arbeiterpartei beschäftigen. (Cummings, der zu den Liberal-Labour gezählt wird, versteht darunter die selbständige Arbeiterpartei sowie die ersten zwanzig liberalen Arbeiterabgeordneten, die aber keine Partei bilden, da sie mit der liberalen Partei zusammengehen.) Die selbständige Arbeiterpartei hat sich inzwischen beim Proletariat so beliebt gemacht, daß auch die Liberal-Labour-Lente sich den Namen Arbeiterpartei beilegen.) Wir werden uns bemühen, die Einheit der Arbeiterbewegung hochzuhalten. Sie können sich darauf verlassen: die Armee der Arbeiter wird es nicht gestatten, daß man sie spaltet; sie wird jedem die Tür weisen, der seine persönlichen Antipathien höher stellt als den Kampf der Arbeiter um die Befreiung.“

Wir freuen uns, daß die Regierung eine Gewerkschaftsvorlage und eine Novelle zum Unfallgesetz eingebracht hat. Die zuerst eingebrachte Gewerkschaftsvorlage war eine Enttäufung, da sie die Forderungen der Gewerkschaften nicht ganz sicher stellte. Aber die Trade-Unions waren entschlossen, nicht zu ruhen, bis ihre Forderungen unangreifbar sind wie die der Unternehmer. Die Regierung gab nach. Wir erkennen ihre guten Absichten an, aber es wäre doch besser gewesen, sich von Anfang an ins Unvermeidliche zu schicken.

Das wachsende Uebel der Arbeitslosigkeit erfordert die frühzeitige und ernste Aufmerksamkeit, sowohl im Interesse der Arbeitslosen wie in dem der ganzen Nation. Die fortgesetzte Zunahme der Anwendung der Maschinen, die Zunahme der wissenschaftlichen Fortschritte und der Geschwindigkeit der Arbeiter erleichtert und verbilligt die Warenproduktion. Von Jahr zu Jahr verringert sich die Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware nötig ist, aber der Arbeitstag der Arbeiter bleibt derselbe. Daraus entspringt Arbeitslosigkeit, ebenso Unsicherheit für diejenigen, die beschäftigt sind. Das Resultat ist, daß das Jahreseinkommen der Arbeiter abnimmt zu einer Zeit, wo die Waren ausbeute zunimmt. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vielfache; sie sind indirekte und allgemeine; aber alle können zurückgeführt werden auf die Tatsache, daß der Grund und

Boden sich im Privatbesitz befindet und daß die Erleichterung der Produktionsmethoden nur den wenigen zugute kommt, die sie gegen die Mehrheit ausbeuten. Es werden verschiedene Hilfsmittel gegen diese Uebel vorgeschlagen und angewendet; aber so lange das Recht auf Arbeit für die Arbeitsuchenden nicht anerkannt und die Ausbildung und Regenerierung der Arbeitsfähigen und -unwilligen nicht in die Hand genommen wird, ist auf Besserung nicht zu hoffen.“

„Die Ernährung der Schulkinder, die Bekleidung des Volkes, Alterspensionen, Bodenreform und andere Fragen sind von nationaler Bedeutung. Um aber diese Fragen in den Vordergrund der praktischen Politik zu stellen, müssen wir noch mehr Arbeiterabgeordnete in Parlament haben. Zu diesem Zweck müssen wir auch auf eine Reform unserer veralteten Wahlgesetze dringen, da diese die Arbeiterpolitik hemmen und zu großen Ungerechtigkeiten führen.“

„Wir freuen uns über die wachsende Einigkeit in den Reihen der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Die wirtschaftliche und die politische Aktion, das sind die beiden Hände der Arbeiterbewegung. Wir müssen beide Hände gebrauchen, wenn wir gute Arbeit schaffen wollen. Die Macht des Kapitals, wie sie in den großen Monopolen und in den Aktiengesellschaften repräsentiert wird, und die so viele Tausende Arbeiterleben beherrscht, wächst von Jahr zu Jahr. Obwohl es einzelne Unternehmer gibt, die gute Menschen und edle Bürger sind, so ist doch das Kapital als Ganzes ohne Seele und ohne Vaterlandsliebe, wo immer seine Interessen in Betracht kommen. Seine wachsende Macht ist eine Gefahr für das Gemeinwohl. Gegen solche Einflüsse gibt es kein besseres Abwehrmittel als den wirtschaftlichen und politischen Trade-Unionismus.“

„Die Arbeiterklasse hat ihre Fehler ebenso wie das Kapital. Auch sie hat Fehler begangen und wird noch in Zukunft Fehler begehen. Vielen von unseren jungen Leuten fehlt der Geist der Aufopferung und der großherzigen Loyalität, der die Pioniere unserer Bewegung auszeichnete. Es gibt auch viele unter uns, deren Selbstsucht und Leichtsin den Fortschritt verlangsamten. Und wenn wir in gerechter Weise das Kapital bescheiden, ohne Seele zu sein, so dürfen wir auch nicht vergessen, daß es viele seelenlose Arbeiter gibt. Was könnte nicht alles im nächsten Jahrzehnt geschehen, wenn wir eine intelligente und nuchterne Nation wären?“

Rit einigen warmen Worten über die Verwirklichung dieser Hoffnung schloß Cummings seine Rede, die beifällig aufgenommen wurde. —

Dann kamen mehrere Resolutionen zur Verhandlung. Mit 147 gegen 116 Stimmen wurde beschlossen, eine Tageszeitung zu gründen, die die Forderungen und Ziele der Arbeiterbewegung vertreten soll. Die geringe Teilnahme an der Abstimmung zeigt, daß vorläufig an eine solche Gründung nicht zu denken ist.

Angenommen wurde eine Resolution, die eine Vereiniigung der liberalen Arbeiterabgeordneten mit der Arbeiterpartei auf Grundlage der Selbständigkeit verlangt. Auch diese Resolution ist vorläufig aussichtslos.

Die Resolution von Tillets auf Einführung von obligatorischen Einigungs- und Schiedsgerichten nach neuseeländischem Muster wurde mit 988 000 gegen 541 000 Stimmen abgelehnt! —

Auf Antrag von Tillets beschloß der Kongreß, die Trade-Unions aufzufordern, Geldsammlungen für die im revolutionären Kampfe stehenden russischen Arbeiter zu veranstalten.

Australien.

Anti-Trausler.

Melbourne, 7. September. (B. V.) Das australische Parlament hat einen Gesetzentwurf angenommen, welcher die Bildung von Trausler unterlagt.

Aus der Partei.

Die Parteischule.

Die Agitationskomitees bezw. die Bezirksleitungen oder Landesvorsitzende eruchten wir, die bei ihnen eingegangenen Besuche um Aufnahme in den Mitte November beginnenden ersten Unterrichtskursus der Parteischule, mit gutachtlichem Bericht versehen, bis zum 18. d. M. an die Adresse: F. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, einzusenden. Der Parteivorstand.

Partei und Gewerkschaften. Dieses Thema beschäftigte auch eine am Donnerstagabend in Halle im Saale des „Vellene“ stattgehabte Parteiverammlung, die leider sehr schwach besucht war. Der Referent, Genosse Völlender-Weipzig, wandte sich scharf gegen die Bevormundung der Partei durch gewisse Gewerkschaftsführer und gegen die Bringmannsche Gewerkschaftstheorie. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, die politische Partei nach allen Richtungen zu unterstützen und ihre Taktik nach der der Partei einzurichten. Dem Herumarbeiten an den Meißnerbeschlüssen müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. — In der Diskussion sprach man sich im allgemeinen zustimmend zu den Ausführungen des Referenten aus.

Parteiliteratur. Zu unserer Notiz über die bevorstehende Ausgabe der dritten Auflage der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ von Franz Mehring ist ergänzend zu bemerken, daß das Werk aus vier Bänden bestehen wird, deren jeder gut gebunden 5 M., ungebunden 4 M. kostet.

Eine Warnung vor einem Schwindler erklärt der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Danzig. Dort ist vor etwa 14 Tagen ein angeblicher Schloffer Adolf Turon aufgetaucht. Er behauptet, am 20. April 1876 geboren und Oesterreicher zu sein. Der Mann ist von kleiner Statur, trägt schwarzen Schnurrbart, spricht polnisch und gebrochen deutsch. Er gibt sich als Genosse aus, hat aber keine Papiere. Nachdem er in Danzig viele Genossen angepöpselt hat, ist er verschwunden.

Reichstagskandidatur. Eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Aachen-Land—Eupen stellte als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl den Genossen Gourath, den hiesigen Vertreter der „Rheinischen Zeitung“, auf.

Der finnische Parteitag.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Finnlands, der in der vorigen Woche zu Heaborg tagte, hat sich hauptsächlich mit wichtigen prinzipiellen und taktischen Fragen beschäftigt. Die Mandatsprüfung gab zu einer dreitägigen Debatte Veranlassung. Hier handelte es sich darum, ob der Vertreter einer halbannarischen Gruppe, Matti Kurikka, Sitz und Stimme auf dem Parteitag haben sollte. Die Anerkennung seines Mandats wurde mit starker Majorität abgelehnt.

Der erste Punkt der Tagesordnung, der Bericht des Parteivorstandes, führte zu Auseinandersetzungen über die Taktik. Besonders wurde der Wunsch laut, die Partei solle einen bestimmten Standpunkt zur Frage des politischen Rentenstreiks einnehmen. Die Haltung, die der Parteivorstand der Roten Garde gegenüber eingenommen hat, wurde gutgeheißen; ebenso der Geschäfts- und Kassensbericht.

Eine lange Debatte rief der Eintritt des Parteigenossen Kari in den Senat, das Ministerium Finnlands, hervor. Genosse Laitio, der die Debatte einleitete, wünschte nicht, daß Kari aus der Partei ausgeschlossen werde, schlug jedoch vor, der Parteitag möge erklären, daß kein Parteimitglied das Amt eines Senators übernehmen dürfe, wenn nicht mit einmündig drei Genossen in die Regierung eintreten könnten. — Kari wies auf seine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hin und erklärte, er habe das Amt eines Senators übernommen, um der Arbeiterpartei zu nützen. Er betonte, daß der Senat eine gesetzliche Körperschaft sei, und erwähnte zum Gehorsam gegen die Gesetze. Der Senat treffe jetzt Vorbereitungen, um dem Landtage Vorschläge über Altersversorgung, zu einer Revision der Gewerbegesetzgebung sowie über den Arbeitsvertrag und die Stellung der Gewerkschaften betreffend vorzulegen. Kari schloß mit der Aufforderung, die bewaffneten Arbeiterorganisationen abzuschaffen.

Die Frage, ob er aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, wurde dann einem Komitee überwiesen, dessen Mehrheit sich auf folgende Erklärung einigte:

1. In Übereinstimmung mit den von den Sozialdemokraten anderer Länder festgesetzten Grundsätzen erklärt der Kongress, daß ein Parteimitglied, das ohne ausdrückliche Billigung des Parteikongresses als Mitglied in eine bürgerliche Regierung eintritt, durch diese Handlung aus der Partei austritt.

2. Diese allgemeine Regel ist auch besonders gegen den Senator Kari anzuwenden, der zu einer außerhalb aller parlamentarischen Verantwortlichkeiten stehende bürgerliche, aber dem Kaiser ratgebende Institution, wie Finnlands jetzigem Senat, eingetreten ist.

Die Minderheit schlug eine Resolution vor, wonach die Partei Kari für seine fruchtbare und eifrige Arbeit im Dienste der Partei Anerkennung und Dankbarkeit bezeugen, ihn aber, so lange er als einfluß- und bedeutungslos Minorität im Senat sitzt, nicht als Vertreter der sozialdemokratischen Partei anerkennen sollte. — Der Parteitag machte sich die Erklärung der Mehrheit zu eigen.

Ferner beschloß der Parteitag, daß kein Parteimitglied an der Redaktion eines bürgerlichen Blattes teilnehmen darf. Wer dagegen verstößt, wird ausgeschlossen.

Die Sprachenfrage wurde durch einen Beschluß erledigt, wonach die Genossen finnischer, schwedischer oder russischer Sprache als durchaus gleichberechtigt in der Partei gelten.

Pöbelliches, Gerichtliches usw.

Die Bremer Kirchenstahldiebstahlaffäre bekommt ein anderes Gesicht durch eine Äußerung, die der Ortsbeamte des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Broich aus Düsseldorf, über die Verhaftung der beschuldigten Vertrauensleute des freien Verbandes Wahl und Krämer auf dem Vorstandstage des christlichen Verbandes in Aachen gemacht hat. Broich gab dort an, daß er die Verhaftung der Genossen bewirkt habe. Wie er dabei zu Werke gegangen sei, wolle er den Kollegen in der vertraulichen Sitzung erklären. Jetzt wolle er nur sagen, daß er, nachdem er am Morgen von dem Diebstahl gehört habe, sich sofort aufs Rad gesetzt und nach Verviers gefahren sei. Im vorigen Jahre sei gleichfalls ein Einbruch in die Kirche verübt worden. Die Spühbuben hätten die Kachel verunreinigt und die Muttergottes rot angestrichen. Er habe sofort gewußt, wo die Spühbuben zu suchen waren. Und richtig, man habe direkt gehaust und den ersten gefaßt. Am Nachmittag habe man auch den zweiten gefaßt. Abends sei er (Broich) wieder in Düsseldorf gewesen.

Wahrscheinlich trägt diese Rede des christlichen Gewerkschaftsbeamten zur Klärung der Sache bei. Die Möglichkeit, daß die beiden Beschuldigten das Opfer einer ganz niederträchtigen Denunziation sind, ist gar nicht ausgeschlossen.

Gewerkschaftliches.

Streiktrawalle „christlich“ organisierter Arbeiter.

Aus Forbach in Lothringen wird uns geschrieben:

Die Zentrums- und Gewerkschaften glauben nicht, daß ein Streik im Interesse der Arbeiter sein kann, als die Polizei in Aachen in die Hände zu schieben. Der christliche Metallarbeiter-delegierte Göß-Nürnberg hat ebenfalls auf der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Aachen in sehr gehässiger Weise seine Klassen-genossen als „sozialdemokratische Krawallmacher und Terroristen“ der Staatsanwaltschaft denunziert. Göß beschuldigte die Nürnberger Leitung des Metallarbeiterverbandes, die Herrschaft über die Streikenden verloren zu haben durch fortwährendes Segen. Bekanntlich ist aber der Metallarbeiter-Bevollmächtigte von einem Streikbrecher erschossen worden, als der Streikleiter herbeieilte um einen Krawall zu verhindern.

Zentrums- und „christliche“ Gewerkschaften haben gerade jetzt alle Ursache, sich in puncto Streiktrawalle mäuseinstulle zu verhalten. Wenn die „Christlichen“ behaupten, die Nürnberger Vorgänge seien auf „sozialdemokratische Verhetzung“ zurückzuführen, so fragen wir: wer hat denn die Streiktrawalle in Würselen bei Aachen und in Saarlouis verschuldet? Der Würseler Führer der christlich organisierten Arbeiter bei der Firma Sonigmann sieht immer noch im Gefängnis; gegen ihn soll Anklage wegen Veranlassung von Streikenaufmärschen und Landfriedensbruch erhoben werden! Weßchen wir die Denunziantenqualität der Zentrumsorgane, über die Würseler Streikunruhen, die zur Verhaftung des christlichen Führers geführt haben, könnten wir mancherlei berichten.

Aber wir überlassen das Denunzieren von streikenden Arbeitern den Zentrumsorganen und Gewerkschaftsdelegierten.

Merkwürdigerweise berichtet die Zentrums- und Gewerkschaften sehr dürftig über die ausgedehnten Streiktrawalle im lothringischen Saarlouis. Dort stehen die dem Gewerkschein christlicher Bergarbeiter angehörenden Organisierten seit fünf Wochen im Streik. Jetzt eben soll er mit „vollem Erfolg der Arbeiter“ beendet sein, was ebenso ungläubig aufzunehmen ist wie andere Berichte über „christliche Gewerkschaften in Lothringen“.

Von diesen „Siegen“ und „Erfolgen“ wissen die Hauptbeteiligten, die Arbeiter, meistens blutwenig. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtete noch unterm 3. September, der Streik in Saarlouis dauere fort. Dann heißt es lakonisch in der Zentrumszeitung nach einem Drahtbericht vom 4. September: „Beim Schichtwechsel machten gestern Unruhen bemerkbar. Etwa 200 Arbeitswillige konnten nicht anfahren.“ Wenn 200 Arbeitswillige nicht anfahren können, müssen die „Unruhen“ gar nicht klein gewesen sein. Würde es sich um „sozialdemokratische Gewerkschaften“ handeln, die Zentrums- und Gewerkschaften hätte sicherlich über alle Einzelheiten der „Unruhen“ breitspurig berichtet, wieder „sozialdemokratischen Terrorismus“ konstatiert. In der lothringischen Presse werden die „Unruhen“ ausführlich geschildert: es war eine förmliche Straßenschlacht zwischen christlichen Streikenden einerseits und Streikbrechern und Gendarmerie andererseits!

Wir folgen dem Bericht eines lothringischen Merkur-Blautes, dem wir entnehmen:

„Am Montag versperrten die streikenden christlichen Gewerkschaften den Arbeitswilligen den Weg zur Fabrik; auch Beamte wurden nicht durchgelassen. Mittags wurden die Essenträger angehalten, keiner durfte in die Fabrik. Der christlich organisierte Arbeiter Göß (Streikender) hatte die Führung, er „befähigte“ die Streikbrecher. Groß wurde von der Gendarmerie verhaftet und in das Gemeindehaus eingesperrt. Darauf zogen die Streikenden vor das Gemeindehaus und bombardierten es mit Steinen! Der Kreisdirektor erschien mit Gendarmen, war aber genötigt, den Verhafteten Groß freizulassen! Danach bemessen man den Grad der Erbitterung unter den christlich organisierten Streikenden. Der Kreisdirektor befahl die Schließung sämtlicher Werkstätten von abends 6 Uhr an. Das gab wieder Anlaß zum Aufstand. Abends sammelten sich mehr als tausend Menschen an der Kanalbrücke. Was nun geschah, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Gendarmen die Säbel zogen und einhieben!

Mehrere Personen wurden durch Säbelschläge verletzt! Der Bezirksleiter des Gewerbevereins christlicher Bergleute, Streikführer Buchheit aus Saarbrücken, hatte jeden Einfluß auf die aufgeregte Masse verloren, nur wenige folgten seinen Witten, nach Hause zu gehen. Die Gendarmerie „säuberte die Straßen“, wie das „polizeitechnisch“ heißt. Für manche dürfte der Straßenkampf noch traurige Folgen haben, da die Behörde Anklagen wegen Landfriedensbruch erheben will.“

Uns fällt es nicht ein, die durch das scharfe Verhalten der Werkdirektion aufgeregten Arbeiter schuldig zu sprechen. Genau wie in Nürnberg die kapitalistischen Scharfmacher die streikenden Freiorganisierten erbittert haben, so sind in Saarlouis die christlich organisierten in immer größerer Zahl verhetzt worden durch die Ablehnung ihrer bescheidenen Forderungen, wozu noch eine tatkräftige Unterstützung des Unternehmertums seitens der betreffenden Behörde kam. Wir berichten diese Vorgänge nur, um die Niederträchtigkeit der Zentrumsorgane und Gewerkschaftsorganisatoren zu brandmarken, die anlässlich der Nürnberger „Unruhen“ die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ der Staatsanwaltschaft denunzierten, obgleich die Straßenschlacht im christlich organisierten Saarlouis beweist, daß auch dort, wo keine Sozialdemokraten in Frage kommen, der Klassenkampf dank den herrschenden Gewalten zu „Unruhen“ ausartet.

Die Zentrums- und Gewerkschaftsorganisatoren sollen nicht mit Steinen werfen, sie sitzen in einem Glashause.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Arbeiter in den Betrieben für gelackte Bleche kann jetzt als beendet gelten. Bei dem Streik selbst trat eine der merkwürdigsten Erscheinungen zutage, die eine Lohnbewegung überhaupt zeitigen kann. Es fanden nämlich gleich seit Ausbruch des Streiks fortgesetzt gemeinsame Verhandlungen mit den Unternehmern statt, die jedoch niemals zu einem Resultat führten. Die Herren erklärten und beteuerten stets, sie seien beim besten Willen nicht in der Lage, das Geforderte bewilligen zu können. Da so die gemeinsamen Verhandlungen ergebnislos verliefen, wandte sich die Lohnkommission schließlich an jede einzelne Firma, um werstattweise zu verhandeln. Und merkwürdig, da wurden die etwas modifizierten Forderungen meistens glatt bewilligt. Bis zum Donnerstagabend hatten von den sechs in Frage kommenden Firmen fünf die Forderungen einzeln unterschrieben und anerkannt. Nur die Firma Zeiger mit 20 Arbeitern verhielt sich ablehnend. Nach diesem Ergebnis konnte die Arbeit bei den erwähnten fünf Firmen wieder aufgenommen werden. Es gilt für jene Betriebe jetzt ein vom Metallarbeiterverband festgesetzter Tarifvertrag auf die Dauer von zwei Jahren. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Der Mindestlohn beträgt: a) für Schlosser 50 Pf., pro Arbeitsstunde. Jungesellen erhalten bis ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 47½ Pf. pro Stunde. Der Arbeitgeber ist berechtigt, bei Neueingestellten, welche wegen ungenügender Leistungen innerhalb der ersten 6 Arbeitstage entlassen werden, den Lohn auf 40 Pf. pro Stunde festzusetzen; b) für Locher. Angelernte erhalten im ersten halben Jahr 40 Pf., für die nächsten 6 Monate 45 Pf., für das zweite Jahr 50 Pf., für das dritte Jahr 55 Pf. und vom vierten Jahre an 57½ Pf. Mindestlohn pro Stunde; c) Spanner erhalten im ersten Jahr 55 Pf., vom zweiten Jahr an 60 Pf., Mindestlohn pro Stunde; d) für Schmittmacher im ersten Jahr 50 Pf. und vom zweiten Jahr an 60 Pf. pro Stunde; e) für Hülfсарbeiter über 18 Jahre in den ersten drei Wochen ihrer Beschäftigung 35 Pf., von da an 40 Pf. pro Stunde. Die zurzeit im Betrieb Beschäftigten müssen durch vorstehende Mindestlöhne eine Erhöhung ihrer bisherigen Stundenlöhne um 2½-3 Pf. erhalten. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert.

Der Streik bei der Firma Zeiger wird natürlich fortgesetzt. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, diesen Betrieb strenge zu meiden. Ebenfalls ist sorgsam darauf zu achten, ob irgendwo Streikarbeit für die Firma Zeiger angeboten wird. Ueber etwaige Angebote dieser Art ist der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes sofort Mitteilung zu machen.

Lohnbewegung der Drechsler.

Wie in einer am Donnerstag abgehaltenen Branchenversammlung der Drechsler ausgeführt wurde, sind die Ertragsverhältnisse des Streiks im Jahre 1900 zum großen Teil wieder verlorengegangen. hauptsächlich deshalb, weil in der Möbelbranche infolge der neuerlichen nur noch wenig Bedarf an Drechslerarbeiten vorhanden ist. Eine Aufbesserung der gegenwärtig geltenden Löhne erscheint dringend notwendig. Nachdem die Frage der Lohnbewegung schon seit längerer Zeit in der Branche erörtert worden ist, beschäftigte sich in voriger Woche eine Vertrauensmännerversammlung mit demselben und beschloß, daß den Meistern Forderungen vorgelegt werden sollen, deren hauptsächlichste die folgenden sind: Der Mindestlohn pro Stunde, der bisher 50 Pf. betrug, ist auf 55 Pf. zu erhöhen, im übrigen sollen die Löhne nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst der betreffenden Arbeiter berechnet werden. Die zurzeit gezahlten Löhne sind um 15 Proz. zu erhöhen. Akkordarbeiten unter 6 M. sind in Lohn anzufertigen. Nebenarbeiten sind in Lohn zu bezahlen. Der Akkordtarif soll ebenfalls um 15 Proz. erhöht werden. Die Positionen desselben gelten als Mindestlöhne für Kraftbetriebe, während in Werkstätten ohne Kraftbetrieb eine entsprechende Erhöhung eintritt.

Diese Forderungen sind, wie die Vertrauensmännerversammlung beschlossen hat, dem Vorstände der Freien Vereinigung der Drechslermeister eingereicht und ist auch bereits mit demselben verhandelt worden. Ein Ergebnis haben die Verhandlungen nicht gebracht, denn die Meister wollen nur 52 Pf. Stundenlohn und 10 Prozent Lohnerhöhung bewilligen. Die freie Vereinigung der Drechslermeister wird am kommenden Sonntag über die Forderungen beraten. Die Arbeiter werden am Sonnabend, den 8. d. M., die Forderungen jedem Meister vorlegen. Am Montag findet eine öffentliche Versammlung der Arbeiter statt, die zu den Beschlüssen der Meisterversammlung Stellung nehmen wird. Sollte bis dahin eine Einigung nicht erzielt werden, so wird am Dienstag die Arbeit niedergelegt werden.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Heute, Sonnabend, wollen die Großhändler sich darüber schlüssig werden, ob sie in Einigungsverhandlungen mit dem Zentralverband eintreten werden. Einige große Firmen bringen auf schlüssige Erledigung des Streiks, da sie durch die längere Fortdauer zu großen geschäftlichen Schäden leiden. Die Streikbrecher nützen nicht viel; die Firmen brauchen ihre alten Leute notwendig. Die Streikenden sind sehr tätig, obgleich verpfändeter Polizeischutz überall in Tätigkeit tritt. Am Kohlenbahnhof Wedding sah man am Donnerstagabend 25 Polizisten zu Fuß und 4 Reiter, die über die Arbeitswilligen wachten. Bei der Firma Kupfer kam ein Automobil mit Streikbrechern an; das Auto stürzte um und die Streikposten nahmen sich der Insassen an und verschwanden mit ihnen. Bei G. Schulze verjursten die Streikposten, 28 Polen zu gewinnen, als in der höchsten Not Polizei geholt wurde, um die Polen vor weiterer Ausflucht zu bewahren. Der Verband hat 20 Gattler fortgeschickt und verpflegt 12 bis 15 im Gewerkschaftshause; er trägt die Kosten, denn in dem unabhängigen Konsulat wird die Sache hingezogen und die sofortige notwendige Hilfe nicht geleistet. Der Verband hat auch den Leuten, die von der Firma Schiebel ihre Koffer nicht erhalten konnten (wie gestern berichtet), zu ihrem Recht verholfen. Heute wird die wöchentliche Streikunterstützung ausgezahlt und am Montag vormittag um 10 Uhr versammeln sich die Streikenden wieder im Gewerkschaftshause.

Erklärung. Bezugnehmend auf die Notiz des Verbandes der deutschen Barbier usw. vom 5. d. Mts. teile ich mit, daß ich sämtliche Forderungen der Organisation laut Unterschrift anerkannt habe und auch heute noch innehalte. Daß mein Gehalts die Beiträge nicht pünktlich bezahlt, ist doch nicht meine Schuld; ich kann die Bestrebungen der Organisation nicht fördern noch hindern.

B. Porowski, Feiseur, Berlin S., Schönleinstr. 28.

Deutsches Reich.

Die in den südlichen Betrieben in Königsberg beschäftigten Arbeiter und Handwerker sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beabsichtigen, Ende September oder Anfang Oktober ihre Lohnforderung durch die Arbeiteraussschüsse, soweit in den einzelnen Betrieben solche vorhanden sind, einzureichen. Gefordert wird ein Minimallohn von 3,50 M. pro Tag für ungelernete und ein Minimallohn von 4,90 M. für gelernte Arbeiter. Der Lohn soll von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tageslohn steigen. Wer jetzt schon einen höheren Lohnsatz erhält, dem soll er nicht gekürzt werden. Dann soll die Rubergehaltsfrage zur Anregung kommen, damit die Arbeiter nicht von der Begünstigung der Direktionen und sonstiger Vorgesetzten abhängig sind. Gefordert wird weiter der Neunstundentag und Mehrbezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit.

Der Streit auf „Rote Erde“

scheint eine entscheidende Wendung zu nehmen. Vorgeföhrt fanden Verhandlungen zwischen der Direktion und einer aus 3 Mitgliedern bestehenden Kommission der Arbeiter statt, bei welchen über die Möglichkeit einer gegenseitigen Verständigung beraten wurde. Die Direktion gab darauf durch Anschlag bekannt, daß sie vom 1. November ab bereit sei, folgendes zu gewähren:

- 1. Lohnzahlung an drei Tagen des Monats, statt bisher an zwei, nämlich am 1., 11. und 22., wobei die erste Zahlung als Vorschuß dienen soll.
- 2. Die Verabfolgung des Lohnes erfolgt in Pöndliten durch die Vorarbeiter und Meister, anstatt im Lohnbureau.
- 3. Den Arbeitern wird eine einstündige statt der früheren halbstündigen Mittagspause gewährt.

Die Stellungnahme der Arbeiter zu diesem Angebot ist noch nicht bekannt.

In der Luzuspapierfabrik Opatzer in München sind 14 Buchbinder und 90 Buchbindereiarbeiterinnen in den Ausstand getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Ungarn, Bergolter!

Die Bergolter von Budapest (Ungarn) befinden sich in einer Lohnbewegung. Zugang ist darum streng fernzuhalten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Bergolter.

Die Bergarbeiter-Bewegung in Spanien.

Der Bergarbeiterstreik in Biscaya findet eine selten einmütige Beurteilung in der ganzen spanischen Presse, und zwar wird er fast durchweg als berechtigt anerkannt. Selbst die Behörden sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Schuld an dem Streik bei den Unternehmern zu suchen sei. Die Arbeiter hätten sich gewehrt, als einer ihrer Kameraden von einem rohen und brutalen Kuffcher beleidigt und entlassen worden war. Sie hatten dessen Entlassung und die Wiederaufnahme des Arbeiters gefordert. Ferner verlangten die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit vom Mai bis August; sie würden allenfalls auch auf eine zehnstündige Arbeitszeit eingehen, aber die Unternehmer bestehen auf der elfstündigen. Die Arbeiter verlangen 50 Proz. Lohnzuschlag für Ueberstunden; die Unternehmer bewilligen 25 Proz., doch ist das nur eine Scheinkonzession, da bei dem Elfstundentag Ueberstunden kaum noch in Frage kommen. Die Arbeiter fordern die Anerkennung ihrer Organisation, die Unternehmer bewilligen das, aber unter Bedingungen und Einschränkungen, die die Einwilligung wieder aufhebt. Die Regierung ging, trotzdem sie die Berechtigung des Streiks anerkannte, mit den schärfsten Maßregeln gegen die Streikenden vor. Der König sollte nach Bilbao kommen und da mußte wohl so schnell wie möglich „Ruhe“ geschaffen werden. Die Soldaten schossen auf die Streikenden und töteten zwei junge Burschen von 15 und 18 Jahren und verwundeten 10 Mann. Trotzdem dehnte sich der Ausstand weiter aus und ergriß einige Dörfer der Provinz Santander. Die Arbeiter unterstützten die Streikenden mit allen Mitteln, worauf die Regierung die konstitutionellen Garantien aufhob und den Belagerungszustand verkündete. Das sozialistische Provinzialkomitee hatte ein Manifest zugunsten der Streikenden erlassen, ein zweites wurde auf Grund des Belagerungszustandes unterdrückt. Die Unterhandlungen, die der Marineminister mit den Unternehmern führte, hatten nur die vorerwähnten Konzessionen zufolge, auf welche die Arbeiter nicht eingingen. Sodann wurde von der Regierung der General Juppino nach Bilbao geschickt, und seine Unterhandlungen scheinen einige Erfolge gehabt zu haben, denn die Wiederaufnahme der Arbeit ist in mehreren Versammlungen beschlossen worden. Mittlerweile aber hat sich die Bewegung weiter ausgedehnt und es wird sicherlich immer wieder zu neuen Ausständen kommen, solange nicht den minimalen Forderungen der Bergleute stattgegeben wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Behördlicher Kampf gegen die Koalitionsfreiheit.

Stuttgart i. E., 7. September. (B. Z.) Die Generaldirektion der Reichsständischen Eisenbahnen veröffentlichte an der Eisenbahnwerkstätte in Bismarck eine Bekanntmachung, wonach die Ziele des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands sowie des süddeutschen Eisenbahnerverbandes als ordnungsfeindlich anzusehen seien. Die Teilnahme an dem einen oder anderen Verbande sowie die Unterstützung ihrer Bestrebungen sei mit der Beschäftigung im Dienste der Reichseisenbahnen unvereinbar und werde die Aufrechterhaltung des Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses zur Folge haben. Der süddeutsche Eisenbahnerverband zählt in Bismarck 800 Mitglieder.

Aufgehoben . . .

Wien, 7. September. Das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet aus Petersburg, daß in Angelegenheit des geplanten Attentats auf den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch 6 Verhaftungen vorgenommen sind. Merkwürdigerweise gelang es 4 von den Verhafteten, während des Transportes zu entkommen. Bei den Verhafteten fand man einen Plan der Villa des Großfürsten und das gegen ihn von den Revolutionären gefällte Todesurteil.

Vom böhmischen Bergarbeiterstreik.

Prag, 7. September. (B. Z. B.) In der Kohlenbetrieben von Brüx und Dux ist die Lage ziemlich ungelöst, jedoch scheint der Ausstand sich weiter auszubreiten. Ob der Ausstand ein allgemeiner wird, dürfte sich erst nach der am 9. September stattfindenden sozialdemokratischen Delegiertenkonferenz entscheiden. In den beiden Bezirken sind 33 Personen wegen Angriffe auf Arbeitswillige und wegen Unbesehrungen verhaftet worden.

Brüx, 7. September. (B. Z.) Der Ausschuß der österreichischen Bergarbeiterunion erhief einen Aufruf, worin die Arbeiter aufgefordert werden, jede Gewalttätigkeit der Anarchisten zu verhindern. Außer dem bereits inhaftierten Anarchisten Wolnygel gelang es der Gendarmerie noch zwei andere Anarchisten sowie eine Agitatrice, welche auf Gendarmen geschossen hatte, zu verhaften.

Wieder einer.

Schwafing, 7. September. (B. Z. B.) In der letzten Nacht wurde ein Gendarmesoffizier in einem Wagen der Straßenbahn ermordet. Zwei wie Arbeiter gekleideten Männern, die der Tat verdächtig sind, gelang es zu entfliehen.

Die russische Revolution.

Die blamierte Regierung.

Wir bilden uns nichts darauf ein, vorausgesetzt zu haben, daß die neumannische russische Regierung mit ihrem bauernfängerischen „Kommuniké“ keinen Hund aus dem Ofenloche locken würde. Es gehörte keine Sehrgabe dazu, um das zu prophezeien.

Der „Russ. Kurier“ schreibt:

Die jüngste Kundgebung der russischen Regierung ist von den führenden Blättern Petersburgs und Moskaus (ausgenommen die regierungsfreundliche Presse) ziemlich kühl und mit verstedtem Mißtrauen aufgenommen worden; auch in der Gesellschaft werden Stimmen laut, daß die praktischen Resultate einer solchen Kundgebung nicht viel Ersprießliches bringen, dagegen die Leidenschaften der revolutionär gesinnten Elemente nur noch mehr steigern werden, da man besürchtet, daß die zur Unterdrückung der Revolutionäre eingeflegten, mit unbeschränkter Vollmacht ausgestatteten Feldkriegsgerichte vielfach ihre Macht mißbrauchen und so blutige Ausschreitungen provozieren werden.

In den beteiligten russischen Kreisen ist die Kundgebung mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden und hat bei den nicht ausgesprochen regierungsfreundlichen Russen eher Mißtrauen und Beforgnis als Verriedigung und Beruhigung hervorgerufen, da man nach dem in den letzten Tagen aufkommend siegreichen Vorgehen des Ministers Stolypin am Jarenhofs Zugeständnisse in weit bindenderer Form erwartet hat und in der Einrichtung besonderer Feldkriegsgerichte, denen gesetzlich unbeschränkte Vollmachten zugestanden werden, ein Zeichen dafür erblickt, daß der Wille in Rußland nunmehr noch größerer Vorsatz geleistet wird. ... In der Art, wie es die russische Regierung in ihrer jetzigen Kundgebung beabsichtigt, findet ihr Appell an den besonnenen (!) Teil der Bevölkerung, soweit sich vorläufig feststellen läßt, nicht den gewünschten Widerhall. Dazu kommt noch, daß einige Führer der sozialistischen Parteien, die von der Kundgebung der Regierung schon vor deren Veröffentlichung Kenntnis erhalten hatten, sofort zu einer Gegenkundgebung geschritten sind, in der, wie nicht anders zu erwarten ist, alle gut gemeinten (!) Absichten der russischen Regierung, wie sie behaupten, „w puoh i prach“ („in Atome“) zer schlagen werden, indem sie nachzuweisen suchen, daß die jetzige Kundgebung der Regierung lediglich ein Produkt der Furcht vor den kommenden Monaten September, Oktober, November ist, die ja der Minister Stolypin erst kürzlich selbst offen als diejenigen bezeichnet hat, die der russischen Regierung am meisten Gefahr bringen können. Da aber die Regierung die Absicht hat, ihre jetzige Kundgebung durch die zahlreichen Regierungskommissare den Bauern entsprechend erklären (!) zu lassen, um so über die gefährliche Zeit hinwegzukommen, so ist eine starke Gegenagitation seitens der russischen Sozialisten zu erwarten, so daß, falls der jetzigen Kundgebung der russischen Regierung nicht bald entsprechende Taten folgen, die Verdrängung Rußlands nicht in dem Maße gefördert wird, wie es in der Absicht der jetzigen russischen Regierung liegt.

Wolffs Bureau meldet:

Petersburg, 7. September. Von „Rossija“ abgesehen äußern sich die rechts stehenden Organe wie „Kowoje Wremja“ über das berufliche Regierungsprogramm sehr zurückhaltend. „Kowoje Wremja“ spricht von einer Aktion des Kabinetts auf zwei Fronten und bezeichnet es als Gewinn, wenn auch nur die Agrarreform durchgeführt werde. Im übrigen leuchtet aus den kurzen Bemerkungen des Blattes eine pessimistische Auffassung bezüglich erfolgreicher Durchführung des Regierungsprogramms hervor. „Russkoje Sjawisjia“, das Organ des Schwarzen Hundes, dagegen verteidigt das Programm als ganz untauglich zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung; hierzu seien nicht Reformen, sondern Kampfe nötig.

Die linksstehenden Blätter, die in dem Reformprogramm wenig Neues finden und gegenwärtig keine besondere Einwirkung auf die Lage durch die Durchführung des Programms voraussetzen, wenden ihre Aufmerksamkeit besonders der Einführung des Ständrechts zu. Sie sprechen die Ueberzeugung aus, daß das nun überall zur Anwendung gelangende Ständrecht ebenso geringe Erfolge zeitigen werde wie bisher in den baltischen Provinzen. „Vjerschewija Wjedomosti“ meint, der Regierung erscheine dieser Teil ihres Programms viel wichtiger als Reformen und begreiflicherweise, weil Repressivmaßnahmen leichter durchführbar seien als Reformen. „Njesch“ nennt das Regierungsprogramm eine vereinfachte Ausgabe der Erklärung Goremykins vom 25. Mai „Dol“ beglückwünscht Stolypin, daß erst die Reichsduma aufgelöst und dann sein Programm veröffentlicht sei, da im anderen Falle dieses in der Duma dieselbe schlechte Aufnahme wie das Goremykin-Gedanken haben würde.

Die verlogene Hinterhältigkeit, mit der die russische Regierung in ihrem „Kommuniké“ eine Reihe von leeren Versprechungen in die Welt schleudert, wird treffend charakterisiert durch folgendes Telegramm des „V. S.“:

Petersburg, 7. September. Eine der Regierungstreuen besonders nahestehende Persönlichkeit erklärte, die Regierung sei keineswegs von der Reformbedürftigkeit des Landes überzeugt; sie werde mit den Reformen durchaus nicht eilen. Auch in der Zwischenfrage dürfe man keineswegs eine wesentliche Besserung erwarten, allerhöchstens (!) werde man nötigenfalls die Einberufung der Duma ein wenig beschleunigen.

„Bäterschens“ Truppen.

Leuberg, 7. September. (W. S.) Nach Meldungen aus Warschau ist unter den Festungstruppen in den Festungen Modlin, Dumblin und Jęrgze und anderen Meuterei ausgebrochen. Bereits in den letzten Tagen haben zwischen meuternden Artilleristen und treu gebliebenen Infanteristen blutige Zusammenstöße stattgefunden. Es besteht der Verdacht, daß ein Teil der Offiziere die revolutionäre Bewegung unterstützen. Aufgehört wird die Soldateska durch das revolutionäre Blatt „Soldatskaja Dschja“. Die Lage ist bedrohlich. Viele Offiziersfamilien verlassen bereits ihre bisherigen Wohnungen in den Festungsstrassen.

Genua, 7. September. (W. S.) An Bord des russischen Kohlen-schiffes „Alexander Kamburow“ meuterlen die Heizer und mehrere Matrosen. Der Hafenpolizei gelang es, die Meuterer zu verhaften.

Geldnot.

Der letzte Niesensump der russischen Regierung hat nicht vermocht, das drohende Gespenst des Bankrotts von der Schwelle des Reiches zu bannen. Die französischen Milliarden haben nur zur Anschaffung gepanzerter Automobils, neuer Maschinengewehre, zur Anstellung von mehr Polizei und Gendarmen, zur Auflösung der Duma und zur Aufrechterhaltung einer notdürftigen „Ordnung“ ausgereicht.

Ein feineres Ohr vernimmt zwar das Dröhnen der Militär-revolution, ein scharfes Auge sieht die lodernen Quisthüte, sieht die Tausende und Abertausende wutloser Arbeiter und hungernder Bauern, sieht den Strom von Handel und Gewerbe in Stöcken geraten, aber die offizielle und halb-offizielle Presse entblödet sich nicht, in die Welt hineinzuposaunen, daß die ökonomische und finanziell Lage Rußlands eine zufriedenstellende sei! Wie glaubwürdig solche Behauptungen sind, zeigt u. a. eine interessante Betrachtung, die die Zeitung „Towaritsch“ über das Budget von 1906 und den unlängst herausgegebenen offiziellen Bericht über die laufenden Einnahmen vom 1. Januar 1906 anstellt. Danach ergibt sich, daß das Jahr 1906 5½ Millionen Rubel Ueberschuss der

ordentlichen Einnahmen gegenüber der Veranschlagung gebracht hat. Wenn man sich aber die einzelnen Posten näher ansieht, so entrollt sich folgendes Bild: Im Jahre 1905 hat das Branntweinmonopol infolge der Preissteigerung und des gesteigerten Konsums 65 Millionen Rubel Ueberschuss gebracht, Kontingentoperationen des Reichsschatzkanzlers 5½ Millionen Rubel, die Erhöhung der Wankolensteuer auf Händwerker 3 Millionen Rubel. Das sind lauter Posten, aus denen in bezug auf die ökonomische Lage des Landes keinerlei günstige Schlüsse gezogen werden können.

Das gleiche Bild bietet das Jahr 1906: Ueberschuss aus dem Branntweinmonopol und der Zuckerzölle, letzteres deshalb, weil die bereits am 1. Dezember 1905 fällige Zahlungsfrist bis zum 1. März verschoben wurde. Dagegen weisen alle diejenigen Budgetposten, die mit Handel, Gewerbe, Industrie in engster Berührung stehen, ein Zurückbleiben hinter dem Vorausschlage auf: Für das Jahr 1906 haben z. B. die Eisenbahnen ein Minus von 23 Millionen Rubel ergeben, in den ersten drei Monaten des Jahres 1906: 10 Millionen, also beinahe ebenso viel! Zölle, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Auslösungsgelder der Bauern bleiben alle hinter dem Vorausschlag zurück. Das ist das trostlose Bild eines wirtschaftlichen Niederganges, eines Ruins der Volkswirtschaft, das diese trockenen Ziffern vor uns aufstecken lassen.

Und nun erst das Budget für 1906! In demselben Artikel rechnet der „Towaritsch“ ein Defizit von mindestens 500 Millionen Rubel heraus: Im laufenden Jahre müssen für 235 Millionen Rubel kurzfristige Wechsel im Ausland geillt, ferner 50 Millionen Rubel für die Unterstützung hungernder Bauern und 150 Millionen Rubel für vorjähriges, durch die letzte Anleihe noch ungedecktes Defizit hergegeben werden. Dabei ist eine Verringerung der ordentlichen Einnahmen zu erwarten, was alles in allem 500 Millionen Rubel ausmacht.

Zu demselben Ergebnisse kommen — wenn auch auf anderen Wegen — fast alle laabildenden Presseorgane. Man sieht: man mag rechnen, wie man will — die Geldnot steht wieder vor der Tür, und demgemäß ist die Regierung wieder auf der Suche nach klingendem Metall. Darf man sich da wundern, daß wieder die ungläublichsten Gerüchte durch die Luft schwirren: Konfessionen auf eine zweite sibirische Eisenbahn, auf einen Kanal „Baltisches—Schwarzes Meer“, Pfändung der russischen Eisenbahnen und nicht zuletzt Verwandlung der Reichsbank in eine private Aktiengesellschaft! — Selbst der halb-offizielle „Temp“, der bekanntlich zur französischen Regierung recht nahe Beziehungen unterhält, kann nicht umhin, diesem letzten Plane Aufmerksamkeit zu schenken, und er bringt darüber Einzelheiten, die die Ansicht als berechtigt erscheinen lassen, daß es sich hier keineswegs um eine Börse, sondern um eine ernst erwogene Kombination handelt.

Nebenfalls muß man dessen festig gewärtig sein, daß die russische Regierung, ehe sie zu einer so überaus anstößigen Maßregel greift, nichts unversucht lassen wird, um doch vielleicht eine neue Anleihe zu „machen“. Mit dieser Möglichkeit ist stets zu rechnen, und selbst ein eingeleiteter Optimist wird nicht zu behaupten wagen, daß eine neue Anleihe unter keinen Umständen zustande kommen wird. Zwar wird die völlige ökonomische und politische Zerrüttung Rußlands, die Unfähigkeit der Bureaucratie, dem alten Rußland neues Leben einzubringen, kaum noch von einem Unparteiischen bezweifelt, aber die europäische Bourgeoisie, die darüber zu entscheiden hat, ob dem Zariismus wieder einmal aus der Klemme geholfen wird, ist nichts weniger als unparteiisch. Außer der einfachen kapitalistischen Profitgier, der zugleich sie die Interessen des nach Freiheit ledgenden russischen Volkes für einen hohen Preis auf den Zariismus verkauft, liegt es in ihrem ureigenen Klasseninteresse, den Zusammenbruch der Selbstherrschast möglichst zu verzögern. Der Absolutismus ist der Hort der europäischen Reaktion, und die europäische Bourgeoisie, die ihre liberalen Uebergangungen längst zum alten Eisen geworfen hat, weiß ganz gut, daß eine Demokratisierung Rußlands eine Demokratisierung Europas und einen nicht abzusähebenden Aufschwung der proletarischen Klassenbewegung zur Folge haben wird. Daher werden die bürgerlichen Klassen trotz des ungeheuren Risikos für ihre Kapitalien stets bestrebt sein, der russischen Revolution Steine in den Weg zu wälzen. Die Hilfe, die sie dadurch der russischen Regierung bieten, ist aber nichts mehr, als die Gewährung einer Geldkredit: zwar mächtig genug, um die Entwidlung der russischen Revolution langsamer und später zu gestalten, ist das europäische Gold doch machtlos, den Zusammenbruch des Absolutismus für ewige Zeiten zu verhindern. Vielleicht mehr als in irgend einem anderen Falle gilt hier das alte Sprichwort: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“

Das Hungergespenst.

Am 2. September wurde in Moskau der Kongreß der Semstwovertreter eröffnet, die an der Semstwoorganisation zur Bekämpfung der Hungernot teilnehmen. Infolge der großen Miernte dieses Sommers wird nämlich eine fürchterliche Hungernot erwartet.

Der Kongreß begann die Beratungen über die Hilfsorganisation für Samen- und Lebensmittelbeschaffung. Die Regierung hat der Organisation 100 000 Rubel zur Verfügung gestellt; über weitere Staatshilfe soll später beschlossen werden. Die Organisation besaß noch 250 000 Rubel. Die Organisation berechnet aber, daß für Beschaffung und Lebensmittel 150 Millionen Rubel (hundertfünfzig Millionen) erforderlich sind! Es sind nämlich 83 Gouvernements von der Miernte betroffen und in 25 davon ist auch außer Samen- und Lebensmittelbeschaffung eine umfangreiche Hilfsaktivität erforderlich! —

Briefe.

Untermweg nach Turuchansk! werden die Briefe heißen, die Leo Deutsch über seine Erlebnisse veröffentlichten wird. Der erste Brief ist bereits im „Towaritsch“ (5. September) erschienen, datiert 28. August aus dem Sibirisch bei Kasan.

Am 15. Januar, so berichtet er, wurden 24 Personen in einer Wohnung in St. Petersburg verhaftet; am folgenden Tage wurde Deutsch festgenommen; man konstatierte, daß er mit Personen, die am 15. verhaftet worden waren, in Verbindung gestanden hatte; daraus konstatierten die Behörden eine „Verschwörung“. — Von jenen 24 wurden 20 später freigelassen; sie waren ebenso schuldig oder schuldlos wie die übrigen, die man nicht freiließ. Vorwus (Helphand), Becklin, Goldmann, Fränkel und Deutsch sind Juden, und die Regierung ist der Ueberzeugung, daß die Juden „die Revolution machen“. Der Staatsanwalt Kamyschanski hat das gerichtliche Verfahren gegen diese fünf eingestellt, aber die Administration hat sie nach Ostsibirien verschickt. Deutsch wandte sich an die Gerichtskammer mit einer Eingabe, in der er darauf aufmerksam machte, daß er als Entlastungszeuge im Prozesse des Arbeiterdeputierten am 2. Oktober auftreten solle. Trotzdem wurde er (ebenso Vorwus) am 22. August nach Moskau befördert; dort trafen sie Becklin, Goldmann und Fränkel an; weiter wurden sie nach Rjäning-Nowgorod gebracht und dann auf dem Lastschiffe transportiert.

Damit schließt der erste Brief.

Bravo!

Am 4. September ist die Moskauer Zeitung der Schwarzen Bande, „Wjestschje“, nicht erschienen, da sich die Serger weigerten, für dieses Blatt zu arbeiten. („Kowoj Ruzj“, 5. September.)

Soziales.

Hosprediger Stöder als Arbeitgeber.

Die Geschäftsführung des „Vereins für innere Mission“, einer Gründung des Hospredigers Stöder, erfährt eine eigenartige Beleuchtung in einer Verhandlung, die gestern vor der vierten Kammer

des Kaufmannsgerichts stattfand. Als Kläger trat der Geschäftsführer Fritz Engert auf, indem er einen Gehaltsanspruch von 600 M. geltend machte. Engert war am 20. Dezember v. J. zum sofortigen Eintritt von Herrn Stöder für das Hospiz in der Königgräberstraße engagiert, mit der Aufgabe, daß er bis Ende des Monats umsonst arbeiten müsse, da er diese Zeit zum Einarbeiten brauche. Bald nach seinem Eintritt kam es zwischen ihm und der Vorstandsdame des Hospizes, Fräulein Giesler, zu Mißverständnissen. Fräulein Giesler suchte die Maßnahmen und Anordnungen, die er als selbständiger Geschäftsführer im Interesse des Ansehens des Hospizes vorzunehmen für richtig hielt, bei jeder Gelegenheit zu durchkreuzen. So fand zum Beispiel der Kläger bei seinem Eintritt, daß über dem Eingange an der Haustür ein Haussegel befestigt war mit der Aufschrift: „Gelobt sei der Herr Jesus Christus“, während von innen an einem Schilde zu lesen war: „Bis früh um fünf“. Er wollte das Innenschild, weil es einer Verböhrung des religiösen Gefühls gleichkam, entfernt wissen, weil er befahl, indem es hängen bleiben sollte. Der Kläger schiederte des weiteren die ganze Geschäftsführung des Vereins als eitel Lug und Trug. Die Zimmerpreise waren angeblich feste Preise, und es waren auch in den Zimmern Preistafeln angeschlagen. Im Januar zog der als wohlhabend bekannte Landrat von Bränning mit seiner Familie zu. Fr. E. verlangte vom Geschäftsführer, daß er die Preistafeln entfernen lasse und höhere Preise stelle. Als der Kläger einwandte: „Aber das verträgt sich doch nicht mit den Prinzipien unseres Hauses!“ Wir haben doch schon den höchsten Zimmerpreis eingestellt“, erwiderte ihm die Vorstandsdame: „Sie haben es so zu tun, wie ich Ihnen sage. Es verträgt sich sehr wohl mit den Prinzipien unseres Hauses!“ Wenige Wochen später bemerkte der Kläger nach seiner Darstellung, wie in den Geschäftsbüchern eine Fälligkeit beangangen wurde. Eine Frau Baronin v. Wolfersdorf hatte ein größeres Schuldkonto bei dem Verein. Mit Hilfe des Fr. Giesler gelang es ihr, das Kontobuch in die Hände zu bekommen, und mit Wissen des Fr. E. fälligte sie die Schuldsumme dergestalt, daß ihr Schuldbetrag um ein Bedeutendes erniedrigt wurde. Dem Kläger wurde über diesen Vorfälle Schweigen geboten, er erklärte jedoch sofort, sich nicht zum Mitschuldigen eines so gemeinen Betruges machen zu wollen. Die Sache kam zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, die sofort die Väter beschlagnahmte. Das Untersuchungsverfahren in dieser Angelegenheit schwebt zurzeit noch. — Am 23. März sollte dann Kläger, weil er angeblich Fräulein G. eine Vagnerin nannte, sofort das Haus verlassen. Er weigerte sich indessen, dem Folge zu geben, weil er Fräulein G. nicht als seine Vorgesetzte ansah. Gegen 10 Uhr abends erschienen darauf mit einer von Herrn Stöder persönlich geschriebenen „Ausweisungsbefehl“ zwei Kriminalbeamte, die den Kläger aus dem Hause wiesen und ihm Bücher und Schlüssel abnahmen. Kläger durfte sich noch nicht einmal seinen Hut und Mantel mitnehmen und mußte die Nacht über als Obdachloser auf einer Bank zubringen.

Der gestern für den vertriebenen Herrn Hosprediger erschienenen Vertreter des besagten Vereins erhob gegen die schweren Beschuldigungen des Klägers keine Einwendungen, erkannte vielmehr 20 M. auf Vorhalt des Vorstehenden an. Wegen der Restforderung beschloß das Gericht, den Herrn Landrat von Bränning zu vernehmen, der behaupten sollte, wie sich der Vorfälle am Tage der Entlassung abgespielt hat.

Weshalb wollte er auch einen Arbeiter retten!

Im Betriebe der bekannten Großfirma Thyskens in Mülheim kam vor einiger Zeit ein Ingenieur H. zu Tode, als er einen durch Gasausströmung betäubt gewordenen Arbeiter unter einer Gasmaschine hervorziehen wollte und zu diesem Zwecke in eine unter der Maschine befindliche Grube sprang. Beide, der Ingenieur und der Arbeiter, erstickten. Die Witwe des Ingenieurs machte nun auf Grund des Gastpflichtgesetzes Anspruch auf Zahlung einer Jahresrente in Höhe von 8000 M., wurde aber abgewiesen mit der Begründung, daß der Tote an seinem Unfall selbst schuld sei, da er die Gefahr, in die er sich bei dem Rettungsversuch gegeben, gekannt habe! In formaler Hinsicht stellte sich die millionenreiche Firma Thyskens auf den Standpunkt, daß der Monteure, welcher die Gasmaschine in Betrieb gesetzt, hierzu nicht befugt war. Für die dienlichen Verschlungen des lediglich mit der Montierung der Maschine beauftragten Monteure brauche der Betriebsunternehmer nicht zu haften. Das Landgericht Duisburg erkannte jedoch auf Grund des § 2 des Gastpflichtgesetzes die Forderung der Klägerin im Prinzip als begründet an, da der Betriebsunternehmer für das schuldhafte Vorgehen des Monteurs haftbar sei. Dem Ingenieur, der sich einer Gefahr ausgesetzt habe, um ein Menschenleben zu retten, könne dies unmöglich als ein schuldhaftes Verhalten angesehen werden.

Es kennzeichnet die Anschauungen von der Wertung eines Arbeiterlebens durch das Unternehmertum, wenn der Versuch zur Rettung eines in Todesgefahr schwebenden Arbeiters dem Retter als ein „schuldhaftes Verhalten“ angesehen wird. Dieser Kapitalistenmoral wird wohl auch das Reichsgericht seine Zustimmung versagen.

Mangelhaftigkeit der Unfallverhütungsvorschriften.

Dieser Tage wurde in Hannover ein Prozeß wegen fahrlässiger Tötung gegen einen Arbeiter verhandelt, der ein großes Schlagloch auf die Mängel in den Unfallverhütungsvorschriften warf. Am 17. April verunglückte in der de Hasen'schen Fabrik in Seelze bei Hannover der Arbeiter Wulfe, Vater von fünf Kindern. Wulfe war mit dem Arbeiter Grimpe beim Entleeren von Kobaltherzen tätig. Der Produktionsprozeß bestand darin, daß der bezug. die Arbeiter auf die in einem Bottich befindlichen Erze erst einen Ballon Salsäure schütteten, dann aus einem höher gelegenen Reservoir Schwefelnatriumlauge zulaufen ließen und diese Prozedur in späteren Stadien des Prozesses, wenn auch in geringerer Maße wiederholten. An dem fraglichen Tage nun, als der Arbeiter Grimpe mit Wulfe auf der Weiche stand, um gemeinsam dem Bottich aufs neue Salsäure zuzuführen, bemerkte Grimpe plötzlich einen üblen Geruch, lehnte den Kopf zurück, sank aber fast gleichzeitig, den gemeinsam mit Wulfe angefaßten Ballon loslassend, betäubt in die Asche. Nach wenigen Sekunden wieder zu sich gekommen, springt er auf und sieht nun zu seinem Entsetzen seinen Arbeitskollegen betäubt an der Wand lehnen. Er hält sich den Mund mit der Hand zu, sucht den Wulfe mit sich zu zerren, da erntet auf einmal eine hurtbare Explosion, Klammern lodern empor. Jetzt ist für ihn kein Halten mehr: er flieht. Mit Hilfe eines anderen Arbeiters holt Grimpe gleich darauf seinen Kollegen aus der verderblichenden Atmosphäre. Aber es ist zu spät — alle Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos.

Wider alles Erwarten erhielt Grimpe eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Die Anklage legt ihm zur Last, daß durch sein Verschulden eine übergroße Menge von Schwefelnatrium (400 Liter) in den Bottich gelangt und dann durch Hinzuschütten einer zu großen Menge von Salsäure die Bildung von Schwefelwasserstoff hervorgerufen und dadurch das Unglück verschuldet worden ist.

Aus den Aussagen mehrerer Zeugen geht hervor, daß sie zum mindesten außerordentlich mangelhaft instruiert worden. Während laut der Anklageschrift der Angeklagte gegen seine Anweisung gehandelt haben sollte, ergab die Beweisaufnahme das Gegenteil. Laut angeblüher Instruktion sollte beim Hineintragen der Salsäure nur ein wenig über haltender Eimer benutzt werden. Uebereinstimmend aber bekundeten zwei Zeugen, daß sie von dem Dr. Weisenborn dahin instruiert seien, die Säure aus dem Ballon hinzuzuschütten und erst gegen Ende

des Prozesses des Eimers sich zu bedienen. Sie bekunden ferner, daß sie auf die Gefährlichkeit des Prozesses nicht aufmerksam gemacht wurden. Viele bestimmten Aussagen hatten zur Folge, daß Dr. Weisenborn aus der Reihe der geladenen Sachverständigen ausschied und laut Beschluß des Gerichts als Zeuge vernommen wurde. Dr. Weisenborn will den Arbeitern gelogt haben, im Anfange könnten sie den Ballon, gegen Ende aber sollten sie den Eimer nehmen. Einmal hat er beobachtet, wie Grimpe direkt aus dem Ballon Salzsäure hinzugeschüttet. Ob er ihn gewarnt, wisse er nicht mehr. Auf die Fragestellung des Verteidigers hin gibt Zeuge die Möglichkeit zu, daß die Arbeiter keine Instruktion falsch aufgefaßt, daß er nur a n n e h m e, die Arbeiter instruiert zu haben.

Geradezu vernichtend, und zwar nicht nur für die Anklage war das Gutachten des Gewerbeinspektors Dr. Koch: Aus der Beweisführung gehe hervor, daß die Instruktion der Arbeiter eine wenig eingehende gewesen; sie hätte eine viel sorgfältigere sein müssen. Nach dem Stande seiner Kenntnisse wäre der Angeklagte über die Gefährlichkeit seiner Operation gar nicht klar gewesen. Die starke Entzündung der Dämpfe hätte auch eintreten können, wenn er sich des Eimers bediente.

Ohne sich zurückziehen, erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Freisprechung. Der Angeklagte habe nicht genügend Instruktionen erhalten, während er pflichtgemäß auf das Gefährliche des Prozesses hätte hingewiesen und aufmerksam gemacht werden müssen. Von dem Angeklagten könne nicht verlangt werden, daß er der Gefährlichkeit des Prozesses sich bewußt wäre.

Von der Verurteilung des Zeugen Dr. Weisenborn war, weil er der Lächerlichkeit verdächtig, Abstand genommen worden.

Bemerkt sei noch, daß nach unwidersprochener Aussage des Angeklagten die Arbeiterschaft bei diesem gefährlichen Prozesse eine 24 stündige ist. An dem Unglücksdage hätte Grimpe bereits von morgens 6 bis abends 8 Uhr einschließlich der Pausen gearbeitet.

Charakteristisch ist für unseren Gegenwartsstaat, daß bei dieser Sachlage eine Anklage gegen den Arbeiter überhaupt erhoben werden konnte — warum nicht gegen die Zeitung des Werkes und ihre höheren Beamten? Mangel an Instruktion und die übermäßig lange Arbeitszeit haben den traurigen Unglücksfall herbeigeführt. Nicht die strafrechtliche Verantwortlichkeit, sondern die Frage: wie sind betriebsmässige Unfälle nach Möglichkeit zu verhindern? ist für uns das wesentlichste Ergebnis des Prozesses. Würden Arbeiter bei der Festsetzung und Ueberwachung von Unfallverhütungsvorschriften — zu solchen gehört in erster Linie das Verbot übermäßig langer Arbeitszeit, die die Spannkraft des Arbeiters schwer beeinträchtigt — hinzugezogen werden und würde unsere Unfallgesetzgebung nicht die Ausnahmvorschrift enthalten, daß die verunglückten Arbeiter und ihre Hinterbliebenen um ein Drittel ihres Schadenersatzanspruches gekürzt werden und daß der Unternehmer persönlich selbst der Verursachung gegenüber für den vollen Schaden nicht verantwortlich ist, so würden Tausende von Unfällen alljährlich verhindert werden. Um wie viel höher aber von Unternehmern der eigene Profit geglaubt wird als das Leben und die Gesundheit ihrer Mitmenschen, zeigen erst unlängst die Verhandlungen des deutschen Gewerbe- und Handelskammertages, über die wir am Donnerstag berichteten.

Zum Schulunterricht.

Eine begründbarste Neuerung hat nach der „Frank. Ztg.“ die städtische Schulverwaltung in Augsburg eingeführt. Sie gibt an die Eltern der in die Volksschulen aufzunehmenden Kinder Fragebogen hinaus, um Auskunft über etwaige von den Kindern überstandene Krankheiten, Unfälle und sonstige geistige und körperliche Schwächen zu erlangen. Diese Angaben, die streng vertraulich behandelt werden, sollen im erzieherischen Interesse dem Lehrer die Möglichkeit gewähren, auf die etwaigen Fehler und Schäden der Kinder in der Schule gebührend Rücksicht nehmen und ungerechtfertigte Anforderungen und Bestrafungen hintanhaltend zu können.

Bildungsfeindlichkeit des Zentrums.

Ein großer Bildungshunger scheint unter den Eltern der heranwachsenden Jugend der Stadt Bamberg nicht vorhanden zu sein. Der Magistrat beschloß die Errichtung einer achten Schulklasse, deren Besuch fakultativ sein soll. Zu der Klasse wurden aber aus der ganzen Stadt nur 12 Schüler angemeldet. Bamberg ist eine sehr fromme Stadt die stramm Zentrum wählt; für einen richtigen Zentrumswähler ist auch allzuviel Bildung nicht möglich.

Aus Industrie und Handel.

Moderne Völkerverwanderung.

Obwohl die diesjährigen Ziffern die früheren hinter sich zurücklassen, dürfte die Wiedergebete einiger im Gesundheitsbericht des preussischen Kultusministeriums für das Jahr 1904 enthaltenen Angaben über den Umfang der Sachfängerei doch einiges Interesse beanspruchen. Aus dem Regierungsbezirk Danzig wanderten ab nach dem Westen 3596 männliche und 2060 weibliche Personen, es zogen zu 1724 männliche und 1508 weibliche Ausländer. Eine Welle von 30 896 Proletariaten, darunter 11 173 weibliche, warf der Regierungsbezirk Posen nach dem Westen, um dafür selbst 3726 männliche und 3054 weibliche Ausländer aufzunehmen. Der Kreis Kiehlne im Regierungsbezirk Bromberg stieß von seinen rund 25 000 Einwohnern 2500 als Saisonarbeiter für den Westen ab; der Kreis Groß-Wartenberg (48 000 Einwohner) stellte 3275 Saisonarbeiter. Im Regierungsbezirk Breslau wurden 13 014 ausländische Saisonarbeiter gezählt, darunter 2298 Russen und 10 594 Oesterreicher. 796 Russen und 1339 Oesterreicher waren im Regierungsbezirk Köslin als Saisonarbeiter tätig. In 4 Kreisen des Regierungsbezirks Magdeburg wurden 691 Ausländer gezählt und in 4 Kreisen des Regierungsbezirks Merseburg 301. Für den Regierungsbezirk Hildesheim wird die Zahl schätzungsweise auf 4000 angegeben.

So wirbelt die moderne Industrie die Menschen durcheinander in einem Umfang, der die größten Völkerverwanderungen in den Schatten stellt. Nicht nur von Land zu Stadt und umgekehrt, von Provinz zu Provinz flutet die Masse durcheinander, von allen Ländern Europas holt das nach Ware Arbeiterschaft hungernde Kapital die Proletariat zusammen. In diesem Jahre hat man sogar aus Asien und Afrika ein Quantum Arbeiterschaft importiert. Vielleicht war das nur ein schicksalvoller Anfang, dem in den nächsten Jahren eine Forcierung des Imports speziell an Negern und Negerinnen folgen wird. Teilweise wiederholen sich die Wanderungen Jahr für Jahr, es ist ein zu bestimmtem Zeiten wiederkehrendes Hin- und Herschieben großer Arbeitermassen. Es sind das die Saison-Arbeiterinnen und Arbeiter, die teils in landwirtschaftlichen Betrieben, vornehmlich in der Zuckerindustrie und in der Ziegelfabrikation Untertommen finden. Andererseits handelt es sich bei den Abwanderungen aus den Orten um dauernde Verlegung des Wohnsitzes. So entstehen im Herzen der Großindustrie, in Schlesien und Rheinland-Westfalen, große Polenniederlassungen, die der ganzen Gegend eine neue Physiognomie aufdrücken. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stößt man weiter auf große Kolonien, die fast ausschließlich von Oesterreichern bewohnt sind. Stark durchsetzt ist die Bevölkerung weiter von Hollandern und Russen, sämtliche Vaterländer Oesterreich, Ungarns sind vertreten; einen großen Prozentsatz des ausländischen Elements hier und in ganz Deutschland stellen die Italiener.

Das Kapital beutet aus, ohne Mäß. Je widerstandsloser die Verkäufer der Arbeitskraft ihm gegenüberstehen, desto höher schlägt das Herz — in Dividendenhoffnung. Das Kapital betätigt sich patriotisch, als Schlichterin der nationalen Arbeit — durch Ausnützung billiger ausländischer Arbeitskräfte. Ja, ausländische Streifbrecher gelten als die nützlichsten Elemente zur Pflege nationaler Kultur, denn sie fördern das Wohlbestehen des ausbeutenden Kapitals, sie helfen ihm den nationalen Landesgenossen niederzuknüppeln. Wenn aber die Arbeiter versuchen, auf der Basis internationaler Verständigung sich der unbehinderten Ausbeutung durch das internationale Kapital in etwas zu erwehren, dann heult die kapitalistische Preszente in allen Vaterländern über „vaterlandlose Gesellen“ und „Landesverrat“. Wenn das Kapital moralisiert oder gar das Kapitel der Ideale anscheidet, dann heuchelt es jedesmal; für es lösen alle Begriffe und Empfindungen sich auf in das eine Wort: Profit!

Geschäftsergebnisse.

12 Proz. Dividende, 1 Proz. mehr als das Vorjahr erbrachte, sollen diesmal die Aktionäre der Harlorschen Bergwerke und chemischen Fabriken erhalten. — Die A.-G. Wieler u. Hartmann-Danzig erzielte einen Gewinn von 318 000 M. Es werden aber nur 6 Proz. Dividende verteilt, 120 000 M. sollen in Vertheilung gehalten werden zur Deduktion von event. Ansprüchen, die sich aus schwebenden Prozessen ergeben. — Die Aktionäre der deutschen Werkzeugmaschinenfabrik in Chemnitz, die im vorherigen Jahre leer ausgingen, erhalten für das letzte Jahr 6 Proz. — Der Aufsichtsrat der Oberhessischen Chamottefabrik A.-G. in Gleiwitz schlägt, bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen, die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. vor. Für das Jahr 1904/05 wurden 9 Proz. ausgeschüttet. — 7 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahre sollen für 1905/06 die Aktionäre der Elektrizitäts-A.-G. in Chemnitz erhalten. — Die Nürnberger Lederfabrik A.-G. stößt diesmal 12 Proz. Dividende ab, 2 Proz. mehr als im Vorjahre.

Fleischkonsum in Mittelstädten.

In zahlreichen Handelskammerberichten über das Jahr 1905 wird für eine Reihe von Städten ein bemerkenswerter Rückgang des Fleischverbrauchs festgestellt. Die Handelskammer für den Kreis Konstanz weist darauf hin, daß unter der Verteuerung der Lebensmittel vor allem die Arbeiterbevölkerung zu leiden habe. Der Bericht macht Angaben über Fleischpreise und Fleischkonsum in der Stadt Konstanz, die wir folgen lassen. Es kostete das kilo in Konstanz

	Anfang 1905	Mai 1906
Rindfleisch	1,54	1,68
Kalbsteif	1,60	1,90
Schweinefleisch	1,52	1,70
Schafffleisch	1,50	1,70
Ziegenfleisch	1,15	1,40

Der Fleischverbrauch ist erheblich zurückgegangen. Während im Jahre 1904 noch 66,10 Kilogramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung kamen, ging diese Menge auf 62,51 Kilogramm im Jahre 1905 zurück. Wenn noch in Betracht gezogen wird, daß auch der Aufwand für Wohnung, Kleidung und Heizung durchweg Mehrausgaben verursacht hatte, so dürfte kaum zu hoch gegriffen sein, wenn der Bericht die Steigerung der Haushaltskosten in Konstanz für eine Familie von vier Köpfen auf zehn Prozent schätzt.

Tabakbau und Ernte im Jahre 1905.

Im dritten Vierteljahresbericht zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1906, wird eine Uebersicht gegeben über den deutschen Tabakbau und die Ernte im Jahre 1905. Danach hatten insgesamt 93 141 Tabakpflanzler 188 904 Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 14 111 Hektar mit Tabak bepflanzt (1904: 106 713 Pflanzler, 100 022 Grundstücke mit 15 883 Hektar Flächeninhalt). Von den Pflanzern hatten 33 997 je eine Gesamtfläche bis zu 1 Hektar, 5906 über 1 bis 5 Hektar, 13 100 über 5 bis 10 Hektar, 24 068 über 10 bis 25 Hektar, 14 883 über 25 Hektar bis 1 Hektar und 1881 über 1 Hektar mit Tabak bebaut. Die Ernte ergab einen Ertrag von 318 770 Doppelzentner Tabak in dachreife, trockenem Zustande, also auf 1 Hektar einen Durchschnittsertrag von 23 Doppelzentner (1904: 343 809 Doppelzentner bezw. 22 Doppelzentner). Der Gesamtwert der Tabakernte, einschließlich der Tabaksteuer, wurde auf 27 587 825 M. (1904: 26 650 074 M.) ermittelt; der mittlere Preis für 1 Doppelzentner Tabak betrug demnach 86,39 M. (1904: 77,51 M.).

Handelsvertrag mit Deutschland.

Die Jahresversammlung des Verbandes der Apfelsortenexporteure in den Vereinigten Staaten erklärte sich einmütig für das Zustandekommen eines Vertrags mit Deutschland, auf Grund dessen amerikanische Äpfel unter Entrichtung eines Rindscholles von 50 Cents das Maß (3,20 M. für 100 Kilogramm) in Deutschland Eingang finden sollen. Eine Kommission erhielt Auftrag, im Kongreß für das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Deutschland zu wirken. Es wurde anerkannt, daß die in der Payne'schen Vorlage eingezeichneten Zugeständnisse Deutschland nicht befriedigen könnten. Es soll daher auf weitere Zugeständnisse gedrungen werden.

Vom Bierkrieg.

Eine Birte-Versammlung in Duisburg beschäftigte sich mit der Frage der Bierpreiserhöhung. Das Angebot der Brauereien, einen Aufschlag um 1 Mark eintreten zu lassen, wozu zugunsten der Birte der Flaschenbierpreis um 1 Pf. für die Flasche erhöht werden sollte, wurde abgelehnt. Vier ringfreie Brauereien haben sich verpflichtet, auf den Neuausschlag zu verzichten, sie machen folgende Angebote: Dortmunder Brauhaus zu 19 M. mit 2 Proz. Rabatt, Wulfener Brauhaus u. Co. zu 18 M., Niederdeutsches Brauhaus Emmerich zu 16 und 18,50 M. mit 2 Proz. Rabatt, Rotweilbrauerei Reuß zu 17 und 19 M. mit 2 Proz. Rabatt. Eine Ringbrauerei soll die Absicht haben, aus dem Ring auszutreten und die Konventionallieferung von 3000 M. zu bezahlen, wenn die Birte die Versicherung gegen würden, mindestens 10 000 Hektoliter Bier jährlich zu entnehmen. Zum Schluß fand eine gegen den Steuerausschlag gerichtete Resolution einstimmige Annahme.

Verfammlungen.

Ueber das Schulprogramm des Proletariats

sprach am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung des Zimmerer-Verbandes der Genosse Dr. Laurenzbacher. Einleitend wies Redner darauf hin, daß die Schulfrage keineswegs eine rein parteipolitische Frage sei, sondern daß sie auch in hohem Maße die Gewerkschaften angehe, weil doch die Kinder der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits berufen seien, den proletarischen Klassenkampf weiterzuführen und ihre Eltern schon deshalb ein lebhaftes Interesse an der Hebung der Jugendbildung haben müßten. In feineren weiteren, recht anschaulich und gemeinverständlich gehaltenen Ausführungen ging der Referent dann hauptsächlich auf die Forderungen ein, welche die Arbeiterklasse zur durchgreifenden Verbesserung der Volksschulzustände an den Staat stellt und was sie in dieser Hinsicht vom Staat zu erwarten hat. Treffend schäuferte er dabei den klaffenden Unterschied des Lehrsystems auf den Gymnasien und in der Volksschule, wie er besonders in dem Unterricht über Religion und Geschichte zum Ausdruck kommt. In der verschiedenartigen Behandlung gerade dieser beiden Unterrichtsfächer gegenüber den Kindern der Reichen und den Kindern des Proletariats zeige sich zur Evidenz, daß der Staat und mit ihm die herrschenden Klassen die Volksschule lediglich als ein Herrschaftsinstrument betrachten, um die heranwachsenden Arbeiterkinder nicht zu selbständigen Charakteren und freien Persönlichkeiten, sondern zu unterwürfigen, autoritätsglaubigen Kreaturen zu erziehen. Da auch die Abriktion der Lehrer auf den Seminaren nur in diesem Sinne betrieben werde, so müsse eine der Hauptforderungen des Proletariats lauten: Unversitätsbildung der Volksschullehrer- und Lehrerinnen und: fort mit der Klassencheidung im Schulwesen nach Armut und Reichtum.

Freilich seien die Erziehungsideale der Arbeiterklasse nur dann durchzuführen, wenn das Proletariat die entsprechende Macht dazu besitze, denn an eine freiwillige Aenderung der heutigen Volksschulzustände seitens der herrschenden Klassen sei nicht zu denken, weil diese sonst ihrem eigenen Klasseninteresse entgegen handeln müßten. Aus diesem Grunde, abgesehen von vielen anderen, müsse auch jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einsehen lernen, daß auch die politische Betätigung für ihn zur Notwendigkeit werde. Gerade aus dem Umstand, daß sich die herrschenden Klassen der Volksschule als Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bedienen, müsse das Proletariat die entsprechende Nutzenanwendung ziehen und dahin wirken, die Volksschule zu dem zu machen, was sie sein soll: zu einer Bildungsanstalt zur freien Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes. Dann werde auch ein proletarischer Nachwuchs entstehen mit Freiheitsdrang, Selbständigkeit und Ehrgefühl. Dieses Ideal werde für Preußen aber nicht eher verwirklicht werden können, als bis das Dreiklassenwahlrecht gefallen ist. Deshalb sei der Wahlrechtsfrage nach wie vor das Hauptaugenmerk zu widmen. Soviel siehe fest: Der Weg zum proletarischen Schulprogramm gehe über den preussischen Landtag.

Dem Referenten wurde allseitiger lebhafter Beifall gesendet. Die recht rege Diskussion bewegte sich denn auch durchweg im Sinne des Vortrages. Mehrfach wurde dabei die Aufforderung an die Anwesenden gerichtet, als Antwort auf die Schulreaktion den Austritt aus der Landesfraktion zu vollziehen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung einberufen, welche Stellung nahm gegen gewisse Bestrebungen des Verbandes deutscher Warenhausbesitzer, wie sie in dem kürzlich vom „Vorwärts“ veröffentlichten vertraulichen Rundschreiben zutage traten. In dem Rundschreiben werden bekanntlich die Warenhausbesitzer aufgefordert, dem Vorstande Mitteilung zu machen von Erkrankungen und Krankheitsimulationen des Personals. — Gegen die bedrückende Unterstellung, als ob die Handlungsgehilfen Krankheiten simulieren, um den Chef zu schädigen und sich selbst den Nutzen des Weiterbezuges ihres Gehalts während der Krankheit zu beschaffen, wandte sich der Referent Julius Kalliski. Die Warenhäuser seien mehr wie die kleinen Kaufleute in der Lage, den Angestellten günstige Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Dessen ungeachtet werde das Personal in den Warenhäusern in der weitgehenden Weise angepannt, und es sei die selbstverständliche Folge, wenn Krankheiten, durch Ueberanstrengungen verursacht, eintreten. Es sei eine frivole Beleidigung der Angestellten, wenn man sie insgesamt der Simulation verdächtig halte und eine Annahme sondergleichen sei es, wenn die Warenhausbesitzer sich herausnehmen, eine Simulation als vorliegend zu behaupten, wo der Arzt eine Krankheit bescheinigt hat. Uebrigens hätten doch die Warenhausangestellten kein Interesse zu simulieren, da ja in ihrem Anstellungsvertrage in den meisten Fällen die Vergütung des § 63 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches, welcher die Weiterzahlung des Gehalts bestimmt, aber als nicht zwingendes Recht betrachtet wird, ausschließt. Auch werde ein großer Teil der Warenhausangestellten nicht dauernd, sondern immer nur prozeßweise auf drei Monate mit eintägiger Kündigung angestellt. So hätten es die Warenhausbesitzer verstanden, die sozialen Verpflichtungen, die der § 63 festsetzt, von sich abzuwälzen, sie hätten also gar keinen Recht, wenn Angestellte erkrankten, und trotzdem diese allgemeine Verdächtigung der Simulation. Es handele sich bei dem Rundschreiben augenscheinlich nur darum, scheinbares Material zusammenzubringen gegen die Bestrebungen, dem ersten Absatz des § 63 des H. G. B. den Charakter zwingenden Rechtes zu geben.

Wie gewöhnlich in Versammlungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, so trat auch diesmal ein Antisemit auf, der die ebenso rüchändigen wie beschränkten Ansichten seiner Partei bezüglich der Warenhäuser vortrug, vom Referenten aber in derber Weise abgefertigt wurde. Von allen Schichten der Arbeitnehmer, sagte Kalliski, halten die Antisemiten nur die Handlungsgehilfen für so dumm, um sich für die antisemitisch-kleinbürgerlichen Bestrebungen einzusetzen zu lassen. Dabei habe die Vertretung der Antisemiten noch nie etwas für die Angestellten getan. Es gehöre die ganze Kurzsichtigkeit eines Antisemiten dazu, um Uebelstände, die sich als ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer darstellen und durch energisches, solidarisches Vorgehen der Angestellten abgewehrt werden könnten, den Warenhäusern als einer wirtschaftlichen Erscheinung auf dem Konto zu setzen. — Nach dem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung weist im Anschluß an die Ausführungen des Referenten, die in einem vertraulichen Rundschreiben des Verbandes der Warenhausbesitzer aufgestellte Behauptung, daß Warenhausangestellte in zahlreichen Fällen Erkrankungen simulieren, als grundlose Unterstellung mit Entrüstung zurück. Die Versammlung erkläre in dem Bestreben, für diese beschimpfende Behauptung durch vertrauliche Befragung von Unternehmern Material, das natürlich jeder Kontrolle entbehrt, herbeizuschaffen, den Versuch, den geringen Schutz, den die Handlungsgehilfen in Erkrankungsfällen bisher genießen, noch weiter einzuschränken und verlangt gegenüber diesem Treiben, daß durch reichsrechtliche Maßnahmen schleunigst der Abschnitt 1 des § 63 des Handelsgesetzbuches als zwingendes Recht erklärt werde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7^h bis 9^h Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstab und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

2. B. 26. Es genügt, wenn Sie in einem Interventionsprotokoll beweisen, daß die Sachen bereits vor der Ehe Ihr Eigentum waren. Ein notarieller Vertrag würde noch jetzt zweifelhaft sein, den Beweis aber nicht erheben — **27. B. 2.** Weder Sie dürfen die Biere Ihrer Frau, noch Ihre Frau die Biere ohne Genehmigung des anderen Teils öfen. — **Laubentonsch.** Au Verlangen des neuen Generalpräsidenten müssen Sie räumen, können aber von Ihrem Verpächter vollen Schadenersatz (Rückgabe des Postzinses usw.) verlangen. — **G. R. 83.** Es steht Ihnen als Weiterverleiher frei, zu wählen, welche Klasse der Invalidenrente Sie lieben. — **C. Z. 10.** 1. Ja, falls Erwerbsumfähigkeit vorliegt. 2. Versicherungsanstalt, Kölnischer Post. — **Schölk.** Es nichts anderes vereinbart, so steht dem Ehegatten oder dem Ehegattinnen bei monatlichen Weiszahlungen frei, bis am 15. zum ersten (nicht umgekehrt bis am ersten zum 15.) zu kündigen. — **M. W. 100.** Nein. — **B. R. 56.** Ja. — **20. B. 24.** 1. Ja. Ein Antrag an die Steuerdeputation, der unter Schilberung der Sachlage Ertrag beantragt, kann aber genehmigt werden. 2. Ja. — **7. 10.** Sie sind für die Summe mithaftbar. Strafbarkeit scheint nicht vorzuliegen. **7. 13. Ober-Zahnärzt.** Wenn das Haus am 1. Oktober gebrauchsfähig (nicht nur gebaut) ist, so ist der Vertrag gültig, sonst steht Ihnen Anspruch auf Schadenersatz zu. Ob Gebrauchsfähigkeit vorliegt, erfahren Sie bei der Polizeibehörde. — **Vapf Rom 1886.** 1. Sie brauchen Ihre Absicht nur dem dortigen evangelischen Geistlichen mitteilen. Die Bekräftigung, daß Ihrer Heirat nach österreichischem Gesetze nichts im Wege steht, ist erforderlich. Wenden Sie sich an Ihr Konsulat. — **R. B. 55.** Zum direkten Unterhalt (nicht Zahlung von Alimenter) sind die Eltern minderjähriger solange verpflichtet, bis diese erwerbssähig sind. — **H. G. 100.** Sie könnten Strafantrag stellen. — **M. W. 30.** Nein. Verlangen Sie vom Wirte unter Stellung einer kurzen schriftl. Anweisung des Ungeheuers, drohen Sie ihm an, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf die Entloerung aus keine Kosten bewirken lassen würden und führen Sie die Drohung dann durch einen Kammerjäger aus. — **Unterchied 10.** Ein Hofraum befindet sich unter dem Eis. — **100 R.** 1. Herr, Rosenhalestraße 57. 2. Baumgart, Schillingstr. 16. — **H. B. 14-21 R.** und **100 R.** — **G. R. 45.** Sie könnten sich an das Staatsamt wenden. — **C. W.** Und nicht bekannt, wenden Sie sich schriftlich oder mündlich an das österreichische Konsulat. — **M. Z. 25.** 1. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 2. Nein. — **Tr. R.** — **7.** Wenden Sie sich direkt an den Magistrat. — **H. R. 1906.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **3. 53 R.** 1. und 2. Ja. 3. Ja. einem Antrage auf Uebernahme in Zwangsverziehung vermögen wir nicht zu raten, da die Zwangsverziehung in der Regel mehr verschleierte als beller und überdies die Kosten dem Eltern zufallen. — **27. 37.** 1. Solange Ihre Frau ohne berechtigten Grund der häuslichen Gemeinschaft sich fern hielt, sind Sie zu Ihrem Unterhalt nicht verpflichtet. 2. Die durch ordnungsmäßigen Gebrauch entstehende Verschlechterung haben Sie nicht zu ersetzen. 3. Sie sind berechtigt, das Kind an sich zu nehmen.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Vorzugs-Preise

bis Dienstag, den 11. September er., so lange Vorrat.

Colonialwaren

Einmache-Zucker in Broden, bisheriger Preis	23 Pf.	jetzt Pfd.	20 Pf.
Einmache-Zucker in Spitzen, bisheriger Preis	24 Pf.	jetzt Pfd.	22 Pf.
Tafel-Reis Rangoon	bisheriger Preis 18 Pf.	jetzt Pfd.	14 Pf.
Tafel-Reis Java	bisheriger Preis 23 Pf.	jetzt Pfd.	19 Pf.
Tafel-Reis Carolina-Art	bisheriger Preis 28 Pf.	jetzt Pfd.	23 Pf.
Weizengries	bisheriger Preis 18 Pf.	jetzt Pfd.	14 Pf.
Hartgries	bisheriger Preis 20 Pf.	jetzt Pfd.	17 Pf.

ZUCKER	Pfund 19 Pf.
	5 Pfd. 90 Pf.

Prima graue Essbirnen weich	3 Pfd.	25 Pf.
Aepfel gross und rotbackig	5 Pfd.	48 Pf.
Pflaumen	5 Pfd.	28 Pf.
Holländer Schlangengurken	2 Stck.	15 Pf.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Heute
 Sonnabend, den 8. Sept. cr.
Schluß
 der 90 Pfg.-Woche.

Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsbergerstrasse • Frankfurter Allee 109-112 • Ecke Königsbergerstrasse

Gardinen, Stores, Bettdecken

Engl. Tüll-Gardinen, weiss und crème . . .	Meter	25, 38, 50 Pf.	1.10 Mk.
Engl. Tüll-Gardinen, weiss und crème . .	Fenster	1.75, 2.95, 3.75, 5.50 Mk.	
Engl. Tüll-Stores, weiss und crème	Stück	1.65, 2.25, 2.95, 3.75 Mk.	
Erbstüll-Stores, goldfarbig	Stück	4.50, 6.50, 8.25, 9.75 Mk.	
Engl. Tüll-Bettdecken (1 Bett), weiss u. crème	Stück	2.25, 2.85, 3.50, 5.00 Mk.	
Engl. Tüll-Bettdecken (2 Betten), weiss u. crème	Stück	4.00, 5.50, 7.00, 9.00 Mk.	
Scheibenschleier, Engl. Tüll, weiss und crème	Stück	25, 48, 60, 75 Pf.	
Scheibengardinen, Engl. Tüll, weiss und crème	Meter	27, 40, 50, 65 Pf.	
Congressstoffe, weiss u. crème, glatt u. gestreift	Meter	38, 50, 65, 75 Pf.	
Cöper-Spachtel-Vorhänge, ein- u. zweltellig	Stück	1.75, 2.75, 3.25, 4.00 Mk.	
Cöper-Spachtel-Vorhänge, weiss und crème	Stück	1.85, 2.50, 3.50, 4.25 Mk.	
Rouleaux-Stoffe, gestreift, weiss und crème	11 cm Meter	60 Pf.	1.00 Mk.
Rouleaux-Stoffe, Damast, crème und altgold	Meter	80 Pf.	1.25 Mk.

Portièren, Tischdecken, Steppdecken

Portièren-Shawls, gestreift u. mit Bordüre . . .	Stück	95 Pf.	1.50, 1.95, 2.75 Mk.
Portièren - Garnituren (3 Shawls u. 1 Lambrequin), reich bestickt, in Filatuch u. Filisch	Garnitur	3.65, 4.50, 6.00, 8.25 Mk.	
Portièren - Rundstangen (mit allem Zubehör) . . .		1.85, 2.50, 3.00 Mk.	
Gardinen-Stangen (nussbaum oder mahagoni)		27, 48, 75 Pf.	vers. 1.25 Mk.
Tischdecken, Filatuch, reich bestickt	Stück	1.75, 2.50, 3.25, 4.25 Mk.	
Tischdecken, Mohairplüsch, reich bestickt	Stück	5.00, 7.50, 10.50, 12.75 Mk.	
Chaiselonguedecken, Fantasie- u. Pernermuster	Stück	4.75, 7.25, 8.50, 10.50 Mk.	
Steppdecken, Satin, mit Seidenglanz	Stück	3.25, 4.25, 5.00, 6.00 Mk.	
Steppdecken, Satin, mit Seidenglanz, Handstepperei	Stück	6.90, 9.00, 10.50, 13.50 Mk.	
Bettdecken, Waffel, Ripa, Piqué	Stück	1.75, 2.50, 3.25, 4.50 Mk.	

Teppiche, Vorleger und Läuferstoffe

Jute-Smyrna St. 4.00, 7.50, 11.50 Mk.	Desgl. Vorleger St. 68, 85, 150 Mk.
Axminster IV Stück 4.50 Mk.	Desgl. Vorleger St. 90, 120, 150 Mk.
Axminster III St. 7.50, 11.50, 18 Mk.	Desgl. Vorleger St. 250, 375, 500 Mk.
Axminster II St. 10.50, 17.50, 24 Mk.	Desgl. Vorleger St. 275, 375, 450 Mk.
Axminster I St. 15.00, 24.00, 34 Mk.	Tapestry-Läufer Mtr. 1.75, 2-2.75 Mk.
Velour Stück 11.75, 19.50, 35 Mk.	Velour-Läufer Mtr. 3.25, 4-4.75 Mk.
Linoleum-Läufer Mtr. 70, 85 Pf., 1.05 Mk.	
Jute-Läufer Meter 30, 45, 60 Pf.	
Jute-Läufer dr. Mtr. 70 Pf., 1.05, 1.50 Mk.	

Bettstellen, Matratzen, Bettfedern

Polsterbetten mit Fernlabenzung	Stück	5.50, 6.50, 7.50, mit Drellbezug 8.75, 9.75 Mk.
Polsterbetten, Drellbezug, Sprungfedern und verstellbarem Kopfteil	Stück	13.50 Mk.
Harmonika-Bettstelle „Patent“	Stück	9.75 Mk.
Eiserne Bettstellen mit doppeltem Spiralfeder		7.50, 8.50, 11.50 Mk.
Eiserne Bettstellen, extra stark, Rohr und Verzierung		14.75 Mk.
Chaiselongue mit prima Satin-Moltonbezug und Rollen		27.00 Mk.
Matratzen ca. 100/190 cm	Jute Drell Drell m. Indulfaserfüllung	4.75, 5.25 7.50 10.50
Strohsäcke	Stück	1.50, 1.75, 2.00 Mk.
Federn und Daunen, gereinigt	Pfund	40 Pf. bis 8.50 Mk.
Stand Betten, fertig gestopft (Oberbett, Unterbett, Kopfkissen)		15.50 bis 75.00 Mk.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht und Bericht der Revisionen. 2. Neuwahl des zweiten Bevollmächtigten, des ersten Kassierers, zweier Revisoren und eines Beisitzers. 3. Bericht der Kommission über die Revisionsangelegenheit. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

153/2
Bühnenbesuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Lichterfelder Kranken- u. Sterbekasse für sämtl. Ber. (E. S. 54.)

Rixdorf.

Sonntag, den 9. September cr., vormittags 10 Uhr, im Restaurant Kerger, Zietenstr. 81:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Errichtung einer Verwaltungsstelle für Rixdorf und Umgegend usw. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Gäste willkommen! Zutritt nur beim Ausweis durch Jul. Thiemann, Hermannstr. 168, und im Restaurant Kerger, Zietenstr. 81. 275/16

Los nur 1 Mark.

Ziehung am 4. Oktober

Schneidemüller Pferde-Lotterie

3087 Gewinne, W. Mark:

83 000

darunter 5 komplet bespannte 4-, 2-, 1-spännige Equipagen und 47 Reit- und Wagenpferde, W. Mark

59 000

3000 Silbergewinne und 36 Damen- und Herrenfahräder, W. Mark

24 000

Hauptgewinn W. Mark

10 000

Los 1 Mk. 11 nur 10 Mk. Porto und Liste 20 Pfg. empfiehlt das Generalsekret.

H. C. Kröger
Berlin SW., Friedrichstr. 250.

Zu haben in allen

Lotteriegeschäften und vielen

Zigarrenhandlungen.

Altes Schützenhaus
Lindenstr. 5

empfiehlt seine Säle.

Sonnabende

sind noch frei!

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Achtung! Drechsler.

Montag, den 10. September, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler Berlins und Vororte.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Meisterversammlung. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Kollegien! Jede Werkstatt muß vertreten sein, wo Drechsler beschäftigt sind. J. K.: A. Pattloch.

Achtung! Drechsler.

Montag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Vertrauensmännerversammlung der Drechsler.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse. Hierzu sind alle in Drechslerereien sowie Tischlereien beschäftigten Drechsler eingeladen.

Der Einberufer. Aug. Pattloch.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. — Sektion I (Brauereiarbeiter).

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Linienstr. 19, I. Fernsprecher Amt VII, 13837.

Sonntag, den 9. September, vorm. 10 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Für Moabit u. Gesundbrunnen in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 103.

Für Norden bei Wernau, Schwedterstraße 23-24.

Für Nord-Osten bei Mann, Straußbergerstraße 3.

Für Rixdorf u. Hasenheide bei Kliem, Hasenheide 13-15.

Für Kreuzberg u. Schöneberg bei Göbmann, Kreuzbergstr. 48.

Tages-Ordnung:

Die Erhöhung des Lokalbeitrages.

Jedes Mitglied kann nach Belieben diejenige Versammlung besuchen, die es von seiner Wohnung am bequemsten erreichen kann. In Einbetragt der hochwichtigen Tages-Ordnung ist es strengste Pflicht jedes Mitgliedes, in den Bezirks-Versammlungen zu erscheinen. 42/5

Die Zweigvereins-Verwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Lindenstraße 215. Geöffnet von 6-11 u. 4-8 Uhr. Teleph. Amt 3, 939

Sonntag, den 9. September 1906, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale „Musiker-Säle“, Kaiser Wilhelmstr. 16 m:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion.

NB. Bei der Wichtigkeit der in Leipzig gefassten Beschlüsse ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Durch legitimiert. 64/19

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Putzerträger.

Am Sonntag, den 9. September, mittags 11 Uhr, findet unsere

Mitglieder-Versammlung

im Lokal von Wernau, Schwedterstraße 23/24, statt.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Bühnenbesuch erwartet. 46/6

Die Sektionsleitung. J. K.: Karl Bogdahn.

Herbst-Anzüge

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigsten Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare neuester Herbst-Moden.

50.—, 45.—, 40.—
36.—, 33.—, 30.—
27.—, 24.—, 21.—, 18.—

15.— Mk.

Herbst-Paletots

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare auserlesenster Farbbestellungen.

50.—, 45.—, 40.—
36.—, 33.—, 30.—
27.—, 24.—, 21.—, 18.—

15.— Mk.



Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24 1/2/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Größtes Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116

Kein Laden (am Oranienplatz).



Weiche Herrenhüte von M. 1.50-7,00

Nur fehlerfreie moderne Ware.

Esgron, Filzhüte, Cylinderhüte, Mützen u. Pelzwaren. Export.



Stille Herrenhüte von M. 1.55-7,00

Nur fehlerfreie moderne Ware.

Garnierte Damenhüte

Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!

Einzelverkauf zu au-fallend billigen aber streng festen Preisen.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige [2008L]

Herren-Garderobe

— Ersatz für Maß. —

Anfertigung nach Maß.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Große Frankfurterstraße 37, II.

Eingang Straußberger Platz.

Zwei Herzen

Sie freuen sich wenn Sie unsere überraschend reichhaltige Auswahl kennen lernen.



ca. 100 compl. Einrichtungen angeordnet. An jedem Gegenstand 2 feste Preise 1 Casapreis 1 Teilsahlungspreis.



Berlins neuestes u. vornehmst. Möbel-Kaufhaus für einfache und vornehme Einrichtungen. M. Luckhardt Nachf. Spandauerstrasse 36-38 vis-a-vis Rathaus



Verkauf gegen Caution. Auf Wunsch sehr bequeme Teilzahlungsbedingungen.

Ein grossartiger Gedanke!

Ist es daher, wenn Sie bevor Sie Möbel kaufen unsere Ausstellung besichtigen! Kein Kaufzwang.

Aufgepaßt!

Nach immer die billigste Bezugsquelle für Hemden, Anzüge, Paletots u. Hosen, von Kellern und feinsten Kavalieren angekauft, ebenso neue, sehr solide u. modern gearbeitete, in neuesten Stoffmustern vorhandene Herren- und Knaben-garderoben. Große Auswahl in Paletots und Einlegungsanzügen. Ein großer Vorrat einzelne Radets, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Sie haben bei

Moldauer

Prinzenstraße 64

Edle Lindenstraße, im Laden.

Ausschneiden!

94 Kottbuser Damm 94

Keller.

Verkauf von

Militär-Hemden,

Drellhosen, weißleinenen Hosen, Tuchhosen, Litwaken, Handschuhen, Unterhosen, Mäntel etc.

Spezialität!

Militär-Stiefel und

Schnürschuh

alt und neu in großer Auswahl.

Berufskleidung

für jedermann in reichlicher Auswahl! Stoffhosen, engl. Lederhosen, Manchester-Hosen, Maurer-Anzug, Socken etc. 1704L

— Alles sehr billig! —

Feste Preise!

Partei-Angelegenheiten.

Königs-Wusterhausen. Am Mittwoch, den 12. September, abends 8 Uhr, findet bei Wedhorn die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein am Sonntag, den 9. September, in dem gepfeiften Solal von Köchel ein Sommerfest abhält.

Neuenhagen an der Ostbahn. Am Sonntag, den 9. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Saale des Gastwirts Alfred Schulz in Radebrück eine öffentliche Versammlung statt.

Schönwalde in der Mark (Bezirk Pankow). Am morgigen Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr findet im Restaurant von Schulz, Schönwalde, die Versammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

„Anatomicleichen“.

In den alljährlichen Verwaltungsberichten des städtischen Kuratoriums für das Bestattungswesen wird regelmäßig auch mitgeteilt, wieviel Arbeit der Leichenverbrennungsöfen zu leisten gehabt hat, der bei der Leichensammelstelle in der Diebstelmeyerstraße besteht.

Die Frage, wie viele Leichen alljährlich in der Anatomie so gründlich zerstückelt werden, daß ihre Individualität völlig verloren geht, ist nicht ganz nebensächlich. Doch wichtiger noch ist freilich die andere Frage, wo die Anatomie all die Leichen herkringt, die dort zerstückelt werden.

Wohl infolge der Mitteilungen, die hierüber im „Vorwärts“ veröffentlicht worden sind, wird in dem neuesten Bericht des Bestattungskuratoriums den Angaben über ein zwischen der Anatomie und der Stadtgemeinde bezüglich der Bestattung von Anatomicleichen getroffenes Abkommen der Satz angefügt: „Die Verantwortung und Entscheidung darüber, ob Individualleichen oder nicht mehr individualisierbare Leichenteile zu bestatten sind und hiernach die Erd- oder die Feuerbestattung vorzunehmen ist, hat die königliche Anatomieverwaltung auf Grund ihrer sachverständigen Kenntnis und Erfahrung sowohl der Staatsaufsichtsbehörde als auch der Stadtgemeinde Berlin und dem Publikum gegenüber übernommen.“

Der Winterfahrplan Groß-Berlins liegt jetzt in seiner endgültigen Gestalt vor. Ueber die in Aussicht stehenden Zugvermehrungen wird uns in Ergänzung unserer früheren Mitteilungen noch folgendes berichtet: Auf der Stadtbahn werden vom 1. Oktober dieses Jahres ab drei neue Züge verkehren, und zwar: Warschauerstraße ab 12.40 nach (nach Vichtenberg-Friedrichsfelde).

(nach Gesundbrunnen). Auf dem Sdringge wird ein neuer Nachtzug eingelegt, der von Hermannstraße 1.07 abfährt und 1.28 nachts auf dem Schleifchen Bahnhof endet. Die Züge zwischen Grunewald (Stadtbahn) und Grünau werden um vier vermehrt: Charlottenburg ab 12.38 und 1.38 nachts, nach Nieder-Schöneweide-Johannisthal, Nieder-Schöneweide ab 1.58 und 2.58 nachts, nach Reichshausenstraße bezw. Charlottenburg.

Der gestrigen Magistratsitzung lagen mehrere Eingaben wegen Aufhebung der Berliner Jahrmärkte bzw. Verleihung dieser vor. Die eine Eingabe war vom Bunde der Handel- und Gewerbetreibenden an den Polizeipräsidenten wegen gänzlicher Aufhebung der Märkte gerichtet und von diesem an den Magistrat weiter gegeben worden.

Von der Universität sind den Studenten Martin Boellel (theol.), Ludwig Lewifohn (mod.) und Arnold Euden (phil.) je ein städtischer Preis für die von ihnen gelieferten Preisaufgaben zuerkannt worden.

Die Einweihung des Virchow-Krankenhauses. Das neue vierte Krankenhaus der Stadt Berlin, das Rudolf Virchow-Krankenhaus, ist jetzt seiner Vollendung so nahe gerückt, daß es am 1. Oktober in Benutzung genommen werden kann.

Bürgerliche Zeitungsschreiber haben glücklich herausgefunden, daß auch in der Familie des zweiten Kaiserjohannes, des Prinzen Siegel, der Storch bald einschlagen wird und beulen sich nun, dieses bevorstehende Familienereignis in die Welt hinausposaunen.

Zur Bierfrage.

Die Antwort der Ringbrauereien (Bayerisch-Bier) auf das Ultimatum der Gastwirtsvereinnung bei Kellner ist jetzt erfolgt. Sie enthält eine glatte Ablehnung des Angebots neuer Verhandlungen.

Auf Ihr gest. Schreiben vom 20. v. M., das erst am 1. d. M. in die Hände des unterzeichneten stellvertretenden Vorsitzenden gelangte, teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß der Vorstand des Vereins der Brauereien in einer inzwischen zusammenberufenen Sitzung von der übermittelten Resolution Kenntnis genommen hat.

Die Folgen dieser Ablehnung erneuter Verhandlungen werden für die Ringbrauereien recht fahlbare werden können.

Eine städtische Beamtenversammlung hat sich mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise die Berliner Beamtenchaft ihren Einfluß geltend machen kann, um Verwirklichung ihrer Wünsche durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu erreichen.

Die städtischen Beamten scheinen unserer Ansicht nach einen sehr verkümmerten Weg einzuschlagen. Bisher waren es immer die Sozialdemokraten, die es sich angelegen sein ließen, neben der Wahrnehmung der Interessen der städtischen Arbeiter auch die Wünsche der unteren und mittleren Beamten zu vertreten.

Tölplich verbrannt. Eine folgenschweren Spiritus-Explosion, die allgemein zur Warnung dienen sollte, ereignete sich in der Wielandstraße 7. Das bei einem dortigen Metzger angestellte Dienstmädchen Maria A. hatte in der Küche Wäsche gebügelt und dabei das stark angefeuchte Plättchen einer Spiritusflasche zu nahe gebracht.

Das Ausströmen der großen Hitze wurde die Flasche derartig erwärmt, daß ihr Inhalt plötzlich zur Explosion kam. Die Stichflammen trafen die Kleidung des jungen Mädchens und im nächsten Augenblick stand die A. in hellen Flammen.

Durch einen brennenden Güterwagen wurde auf der Borortstation Dangelsherg eine mehrstündige Verkehrsstörung hervorgerufen. Der um 4 Uhr dort eintreffende Güterzug fuhrle ein lichterloh brennendem, mit Preßtisch beladenen Wagen mit sich.

Opfer des Verkehrs. Von einem Geschäftswagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittags das 4jährige Söhnchen des Rufilers Lehmann aus der Münchenerstraße 48. An der Kreuzung der Jar- und Münchenerstraße wurde der Knabe von einem Fuhrwerk der Firma Karl Meißner umgerissen und das rechte Vorderbein ihm über den Kopf hinweg.

Lotterieschwinder überschwemmen wieder die Stadt, namentlich den Westen. Eine Firma Münchmejer u. Co. in Arnheim in Holland betreibt durch einen jungen Mann Anteihscheine einer Spielgesellschaft für preussische Klassenlose.

Am hellen Tage „gellebert“. Ein dreifach Diebstahlstückchen ist einem Langfinger auf dem Reuterplatz in Rixdorf gelungen. Dort war der Arbeiter Wilhelm G., Reichenderstraße 66 wohnhaft, auf einer Bank eingeschlafen.

Aus der Selbstmörderchronik. In der vergangenen Nacht hat sich ein unbekannter, etwa 25jähriger junger Mann auf einer Droschkenfahrt das Leben genommen. Der Selbstmörder bestieg am Potsdamer Platz einen Taximeter und forderte den Kutscher auf, nach der Panstraße 3 zu fahren.

Als Kautionschwinder treibt schon längere Zeit ein Franz Göppe, der in der Bergstr. 57 wohnte, sein Unwesen. Dieser Mann erklärt in den Zeitungen Inserate, in denen er Kassierer oder Kassenboten mit 500-800 M. Kaution oder mit Voreinlage sucht.

Vom Duellauszug. Ein Pistolenduell ist gestern früh im Grunewald in der Nähe von Zehlendorf ausgefochten worden. Als Duellanten fanden sich ein 45 Jahre alter Gutbesitzer aus der nächsten Nähe Berlins und ein Berliner Dr. med. im Alter von 40 Jahren gegenüber.

